Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 58. Dienstag, den 10. März 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

In der roten Woche muß

jede Person, die sich zur

Sozialdemokratie

zählt, Mitglied des sozialdemokratischen Vereins werden.

In der roten Woche muß

jede Person, die für

Recht und Freiheit

eintritt, Abonnent und Leser der Arbeiterpresse werden.

In der roten Woche muß

jeder Sozialdemokrat und jede Sozialdemokratin mitwirken, um

viele neue Mitglieder

für die sozialdemokratische Partei und Abonnenten auf die Arbeiterpresse zu gewinnen.

In der roten Woche sollen

nicht viele Worte gewechselt, sondern Taten gezeigt werden.

Privatangestellte und Sozialdemokratie.

Mit seltener Einmütigkeit haben die Handlungsgehilfenverbände aller Richtungen unlängst feststellen müssen, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei gewesen ist, die bei der ersten Lesung des Sonntagsruhegesetzes die Interessen der Angestellten wahrgenommen und ihre Forderung nach völliger Sonntagsruhe energisch vertreten hat. Alle übrigen Parteien haben vollständig versagt und sich nicht im mindesten um die Versprechungen gekümmert, mit denen sie vor der Wahl um die Stimmen der Angestellten geworben haben.

Inzwischen hat die Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzentwurfes mehrere Sitzungen abgehalten, deren Verlauf den Eindruck der ersten Plenarverhandlung nur noch verstärkt hat: Die bürgerlichen Parteien denken gar nicht daran, sich für die Einführung einer wirklichen Sonntagsruhe einzusetzen! Ein Antrag der Sozialdemokraten, der das Verbot jeglicher Sonntagsarbeit mit alleiniger Ausnahme des Verkaufes von leicht verderblichen Lebensmitteln verlangte, wurde von den Vertretern der Liberalen, des Zentrums und der Konservativen niedergestimmt. Dieselben Parteien lehnten auch alle Anträge ab, die die vollständige Sonntagsruhe wenigstens für alle Städte mit mehr als 10 oder 20 000 Einwohner bezweckten, so daß schließlich nur die wenigen Großstädte mit über 75 000 Einwohnern übrig blieben. Das heißt mit anderen Worten, daß im großen und ganzen alles beim Alten bleiben wird. Die hochgesteigerten Hoffnungen der Handlungsgehilfen werden also wieder einmal schmählich enttäuscht, und das allein durch die Schuld der bürgerlichen Parteien, denen eben an einer ernsthaften Sozialpolitik für Angestellte nichts gelegen ist.

Nicht anders war es bei der Konkurrenzklausel. Auch für deren Beseitigung hatten die Liberalen sowohl wie die Herren vom Zentrum den Angestellten vor der Wahl weitgehende Versprechungen gemacht. Als dann aber die Regierung mit ihrem unzulänglichen Gesetzentwurf herauskam, durch den im Grunde nichts gebessert, sondern nur das alte Unrecht sanktioniert werden sollte, der sich überdies nur auf die Handlungsgehilfen bezog und die Techniker ganz unberücksichtigt ließ, — da zeigte sich wieder, daß nur die Sozialdemokratie mit Entschiedenheit für die Wünsche der Angestellten eintrat, während die übrigen Parteien ihre Interessen in gewohnter Uebereinstimmung preisgaben! Was nun schließlich als Ergebnis der Kommissionsberatungen das Licht der Welt erblickt hat und aller Wahrscheinlichkeit nach zum Gesetz erhoben wird, ist eine Sammlung von Halbheiten, an denen niemand Freude haben wird. Außer den Arbeitgebern natürlich, die dadurch auch fernerhin ihren Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Angestellten ausfechten und die schon so kümmerlichen Gehälter in Zukunft noch weiter herabdrücken können. Wieder durch die Schuld der bürgerlichen Parteien, denen an einer ernsthaften Sozialpolitik für Angestellte nichts gelegen ist.

Und wie war es bei der Beratung der Versicherungsgesetze? Wem haben die Angestellten die teure Sonderkasse und den Zwang zur Doppelversicherung (in allgemeiner und Sonderversicherung) zu verdanken? Wer hat die Ausdehnung der Krankenversicherung über die Gehaltsgrenze von 2500 Mark hinaus verhindert? Wer hat gegen eine angemessene Geburtshilfe, gegen Säuglingsschutz und Wöchnerinnenunterstützung gestimmt? Kurz: wem verdanken wir all die Fehler und Schwächen der neuen Reichsversicherungsordnung? Es ist die Schuld der bürgerlichen Parteien, denen eben an einer ernsthaften Sozialpolitik für Angestellte nicht gelegen ist!

Die Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Es vergeht ja kaum eine Woche, in der die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht mehrmals die Wünsche der Angestellten vertritt und ihre Berechtigung gegen sämtliche übrigen Parteien verteidigen muß. So erst kürzlich bei der Beratung des Patentamtes, als es sich darum handelte zu der bevorstehenden Reform des Erfinderrechts Stellung zu nehmen. Während der Redner der Sozialdemokratie energisch nach einem weitgehenden Erfinderschutz für die Angestellten und Arbeiter verlangte, bezeichneten die Redner des Zentrums und der Nationalliberalen die Forderungen der Angestellten als zu weitgehend und redeten einer Einigung auf mittlerer Linie das Wort, bei der natürlich immer die Arbeitnehmer die Betrogenen sind. Die technischen Angestellten haben also ganz besondere Ursache, die sozialdemokratische Partei zu unterstützen, weil nur von ihr eine tatkräftige Vertretung ihrer Erfinderrechte, sowie überhaupt die Schaffung eines zeitgemäßen Technikerrechtes zu erwarten ist.

Dasselbe gilt für die Bureauangestellten, gilt für die Angehörigen der künstlerischen Berufe, gilt für die landwirtschaftlichen, gilt für alle übrigen Privatangestellten! Sie alle sollten aus der Behandlung der neuen Handlungsgehilfengesetze erkennen, daß von den bürgerlichen Parteien keine ernsthafte Angestelltenpolitik zu erwarten ist. Denn im Prinzip bleibt es sich vollkommen gleich, ob heute ein Handlungsgehilfengesetz oder eine Technikerfrage zur Debatte steht, ob die Gesindeordnung verbessert bezw. beseitigt oder ob für die Bühnenangestellten ein besonderes Theaterrecht geschaffen werden soll — — immer wieder wird sich zeigen, daß die kapitalistischen Wählerschichten, die hinter den bürgerlichen Parteien stehen, ihnen nicht gestatten, eine ernsthafte Sozialpolitik zu treiben!

An dieser tausendfach erhärteten Tatsache vermögen die gelegentlichen „scharfen“ Reden einzelner Zentrumsarbeiter ebenso wenig zu ändern, wie die sozialpolitischen Extratouren liberaler Einspänner à la Potthof oder wie die Schöngeistereien eines Friedrich Naumann. Die politische Arbeit der Parteien ist der natürliche Abdruck der Interessen der hinter ihnen stehenden Volksschichten. Die liberalen Parteien würden sich selbst aufgeben, wenn sie aufhören wollten, die kapitalistischen Interessen des kommerziellen und industriellen Unternehmertums zu vertreten. Und ebenso würde das Zentrum nicht mehr die allesversprechende Mittelpartei sein können, wenn sie den sozialwirtschaftlichen Forderungen der Angestellten und Arbeiter mehr nachgäbe. Alles, was diese Parteien auf sozialpolitischem Gebiete tun, ist im Grunde weiter nichts als der Köder an der Angel, mit der sie in den Zeiten der Wahl auf den Stimmenfang ausgehen. Die Angestellten sollten sich mehr mit der Politik beschäftigen, damit sie selber sehen können, von wem ihre Interessen vertreten, von wem sie verraten werden. Gerade die Ereignisse der letzten Zeit sind in dieser Hinsicht äußerst lehrreich. Wem dieses aber noch nicht genügt, der möge sich an das Wort erinnern, das Bismarck am 26. November 1884 im Reichstag ausgesprochen hat: „Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform gemacht haben, auch nicht existieren.“

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die deutsche Kolonialpolitik.

Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, der am Sonnabend den Reden über seinen Etat schweigsam zugehört hatte, ohne sich selbst zu äußern, nahm gestern das Wort zu einer Art Berichterstattung und Programmerklärung. Vor ihm hatten — nach Erledigung einiger Wahlprüfungen — der Konservative v. Böhlendorff und der Pole v. Morawski einige Bemerkungen über die Kolonialpolitik gemacht, wobei der konservative Redner eine nicht eben bedeutsame Lobrede hielt, während der polnische Abgeordnete vorwiegend für die sofortige Abschaffung der Hausklaverei eintrat.

Herr Dr. Solf, der dann das Wort nahm, ist unter allen Staatssekretären, die Herrn v. Bethmann-Hollweg umgeben, eine beinahe eigenartige Erscheinung. Im Ton konziliant und liebenswürdig, in seinem Vortrag geschickt, und klar in seinen Auseinandersetzungen, hebt er sich sehr vorteilhaft von seinen Kollegen ab, die in ihrem Auftreten und in ihrer Haltung meistens nur den mehr oder weniger sachkundigen Bureaukraten hervortreten lassen. Diese Gerechtigkeit muß man dem Leiter der Kolonialverwaltung zuteil werden lassen, selbst wenn es richtig ist, daß er auf seine Methode nur versuchen will, den Gegner nach Möglichkeit zu entwaffnen und seiner Politik den größten Erfolg zu sichern. So wird es ja freilich sein, und nicht anders sind wohl auch die Komplimente aufzufassen, die Herr Dr. Solf öfter hörbar genug an die Adresse des Parlaments richtet.

Der Staatssekretär gab von den deutschen Schutzgebieten, denen er im letzten Jahr seinen Besuch abgestattet hat, eine höchst optimistische und günstige Schilderung. Er unterstrich die Entwicklung, die sie genommen haben, aber all seinen Darstellungen folgte alsbald der sehr deutlich gewollte Schluß, daß dieser Fortschritt, den er so sehr hervorhob, durch weitere Arbeiten, Bahnbauten und dergleichen, unterstützt und gefördert werden müsse. Selbstverständlich konnte Herr Dr. Solf auch nicht an den Scheußlichkeiten vorübergehen, die noch immer an den Eingeborenen in den deutschen Schutzgebieten verübt werden; er suchte indessen ihre Bedeutung nach Möglichkeit einzuschränken und versprach auch Abhilfe, wo Mängel und Mißstände verzeichnet werden. Er spricht sich beispielsweise gegen den Arbeitszwang aus, aber er geht ebensowenig wie die bürgerlichen Parteien in der Bekämpfung dieser Barbarei soweit wie die sozialdemokratische Auffassung, die als einzig wirksames Mittel zur Abhilfe das vorläufige Verbot weiterer Zulassung europäischer Plantagen ansieht und fordert. Und in der Bekämpfung der Hausklaverei war der Staatssekretär sogar von einer Zaghaftigkeit, die kaum zu begreifen ist, wenn man nicht annimmt, daß er sich genau so wie bei der Frage der Plantagen gehindert fühlt von allerhand europäischen kapitalistischen Interessen. An diesen Einschränkungen leidet selbst das Programm, dem man im übrigen zustimmen könnte: daß die Kolonien nämlich, in den Tropen wenigstens, nicht zur Ansiedlung von Europäern geeignet sind und dienen sollen.

Über die Polemik des Staatssekretärs gegen die Sozialdemokratie kann man kurz hinweggehen. Sie war in der Form zweifellos entgegenkommend und teilweise auch gewandt, aber Herr Dr. Solf arbeitete doch mit Scheinargumenten und an einer Stelle sogar mit einem unvollständigen Zitat aus dem „Vorwärts“.

Das unterstrich in seiner Erwiderung alsbald Genosse Henke, der gleich nach dem Staatssekretär zu Wort kam. Und er zeigte auch, daß die von Herrn Dr. Solf verlangte Abwägung der Interessen der Eingeborenen und Weißen darauf hinauslaufe, daß die Interessen der Weißen vorangestellt werden. Unser Redner gab dann zu der Schilderung vom glänzenden Fortschritt der Schutzgebiete, wie sie der Staatssekretär vorgetragen hatte, eine äußerst notwendige Ergänzung. Er zeigte das Elend der Eingeborenen und ihre Ausbeutung durch die europäischen Kapitalisten, und er zeigte auch welch höchst unvollkommene Durchführung die papierenen Bestimmungen finden, wenn sie noch so schön sind und gerade dann, wenn sie erfreuliche Wirkungen haben könnten. Das konnte namentlich am Arbeitszwang und an der Hausklaverei bewiesen werden. Genosse Henke erklärte am Schluß, daß er als unversöhnlicher Gegner der Kolonialpolitik den Kampf gegen all diese Übelstände will, und daß auch in den Kolonien eine gesunde Sozialpolitik getrieben werden muß. — Die Generaldebatte wird am Dienstag fortgesetzt.

Unverschämt.

Der Nachfolger des seligen Viktor Schweinburg scheint in den „Berliner Politischen Nachrichten" seinen Vorgänger in der gehässigen Bekämpfung der Sozialdemokratie noch übertrumpfen zu wollen. In der letzten Nummer (55 vom 6. März) befindet sich folgende Leistung:

„Die Meldung der Zentrumspresse, daß die Kommissare des Reichsschatzamts mit den Sozialdemokraten über den Entwurf eines Erdölmonopols verhandelten, hat mit Recht unliebsames Aufsehen erregt; denn es wär völlig unvereinbar mit der von dem verantwortlichen Leiter der Reichsregierung herausgegebenen Parole der Sammlung der bürgerlichen Parteien zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, wenn eine ihm nachgeordnete Stelle die Sozialdemokraten behandeln wollte wie die übrigen Parteien des Reichstags. Freilich wird man bei unbefangener Prüfung anerkennen müssen, daß, weil der Vorsitz in der betreffenden Kommission einem Sozialdemokraten übertragen ist, eine völlige Nichtbeachtung der Mitglieder dieser Partei seitens der Regierungskommissare tatsächlich ausgeschlossen ist. Auch wird man den weiteren Umstand, daß in der vorliegenden Frage bei der starken Meinungsverschiedenheit unter den bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Fraktion den Ausschlag für oder wider den Regierungsentwurf gibt, nach seiner vollen Bedeutung würdigen müssen. Bei früheren Gelegenheiten haben sich die Vertreter der Reichsregierung in der gleichen Lage genötigt gesehen, mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der betreffenden Kommissionen sich zu benehmen. Aber auch wenn man dieser Sachlage voll Rechnung trägt, wird man den Vertretern der Reichsregierung für die betreffende Gesetzesvorlage vertrauen dürfen, daß sie nur, soweit dies unbedingt notwendig ist, in Berührung mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der betreffenden Kommission treten werden und daß Preßmeldungen, welche ein weitergehendes Entgegenkommen andeuten, der tatsächlichen Unterlage entbehren."

Es hieße dieser zielbewußten Unverschämtheit zu viel Ehre antun, wollte man ernsthaft gegen sie polemisieren und sich darüber entrüsten, daß die sozialdemokratische Hilfe, wenn sie für die Annahme von Gesetzen notwendig ist, gern angenommen, im übrigen aber die Sozialdemokraten mit völliger Nichtachtung behandelt werden sollen. Nur auf die Inkonsequenz möchten wir hinweisen, die darin liegt, daß man die Steuern der Sozialdemokraten nimmt, daß man sozialdemokratische Rekruten Militärdienst machen läßt und daß die Kapitalisten den von Sozialdemokraten erarbeiteten Mehrwert ruhig einsacken, ohne daß alle die staatlichen Behörden und kapitalistischen Ausbeuter schamrot ob dieser Berührung mit der Sozialdemokratie werden.

Für ein Zuchthausgesetz.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschafts-Reformer hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der eine Resolution enthalten ist, die von der genannten Vereinigung über die Notwendigkeit eines wirksamen Schutzes der Arbeitswilligen gefaßt wurde. Die Petenten erklären:

„Dieser Schutz ist zu erreichen auf dem Wege einer besseren Instruktion der Behörden über die schon nach heutigem Recht erlaubten Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen sowie einer besseren Ausbildung der mit der Abwehr von Streikausschreitungen betrauten Polizeimannschaften, vor allem aber auch auf dem Wege einer Aenderung der Gesetzgebung. Durch sie ist ein erweiterter Schutz der Persönlichkeit gegen Bedrohungen anzustreben, ein beschleunigtes Verfahren zur Aburteilung von Streikausschreitungen einzuführen und insbesondere eine Handhabe zu gewähren, Belästigungen durch Streikposten von vornherein unmöglich zu machen."

Unterzeichnet ist das interessante Schriftstück von dem bekannten Herrenhäusler Grafen Mirbach. Gleichzeitig wird die Regierung dringend gebeten, sich auf die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung unter keinen Umständen einzulassen.

Die Agrarier besitzen bekanntlich eine ganze Anzahl angeblich wirtschaftlicher, in Wirklichkeit aber hochpolitischer Organisationen, denen aber so ziemlich immer ein und dieselben Personen angehören. Man kann deshalb damit rechnen, daß eine ähnliche Petition von allen diesen Vereinigungen an den Reichstag kommt und die Reaktionäre werden dann nicht ermangeln, der Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß eine große Reihe von Organisationen einen verstärkten Schutz der Arbeitswilligen fordert. Demgegenüber muß jetzt schon darauf hingewiesen werden, daß es sich bei all diesen Organisationen in der Regel um dieselben Personen handelt.

Konservativer Einfluß auf die Rechtspflege.

Genosse Sachse, der Vertreetr des 10. Breslauer Reichstagswahlkreises, hat gegen den aus dem Waldenburger Meineidsprozeß bekannt gewordenen konservativen Redakteur Lippold Strafantrag gestellt, weil dieser in seinem Blatt in unglaublich gehässiger Weise behauptete, Sachse habe sein Mandat einer Fälschung, einer betrügerischen Manipulation zu verdanken und er müsse von Rechts wegen sein Mandat niederlegen. In zahllosen Variationen wurden diese Behauptungen wiederholt und müssen natürlich für einen Mann, dem das höchste öffentliche Ehrenamt übertragen ist, schwere öffentliche Beleidigungen sein. Anfangs schien das auch die Auffassung des Waldenburger Staatsanwalts zu sein; denn noch in der letzten Februarwoche führte der freikonservative Abgeordnete Martin im Reichstage darüber Klage, daß der Staatsanwalt in Waldenburg in Schlesien im Interesse des sozialdemokratischen Abgeordneten Sachse gegen freikonservative Redakteure öffentliche Anklage erhoben habe. Nun aber kommt die Nachricht, daß der Staatsanwalt es abgelehnt hat, im öffentlichen Interesse Anklage gegen Lippold zu erheben. Tausende öffentliche Ankläger, der gegen unser Waldenburger Parteiblatt und gegen einzelne unserer Genossen Tausende von öffentlichen Anklagen im Interesse der gelben Sekretäre erhoben hat, auf Grund von „Beleidigungen", die in gar keinem Vergleich zu der oben geschilderten standen, wird mit einem Male müde, als öffentlicher Ankläger aufzutreten, wo ein schwer beleidigter sozialdemokratischer Abgeordneter Hilfe und Recht verlangt! Die Angelegenheit dürfte bei den nächstbesten Justizdebatten im Parlament zur Sprache kommen.

Das Geschäft mit der Wehrsteuer.

Die Hausagrarier fahren fort, die Wehrsteuer zu einem lukrativen Geschäft zugunsten ihres Säckels auszunützen: In Villingen in Baden erhielt ein Mieter vom Hausbesitzer die Erhöhung des Mietpreises wie folgt angekündigt:

„Infolge Erhöhung des Zinses, der Umlagen und Staatssteuern, sowie der Wehrsteuer bin ich gezwungen, mit der Miete pro Monat um 3 Mark aufzuschlagen."

Da dieser Hausbesitzer etwa 50 Mieter hat — er besitzt mehrere Häuser — und bei einzelnen Mietern Erhöhungen bis zu 6 Mark pro Monat vornahm, bringt ihm die Wehrsteuer etwa 2000 Mark pro Jahr ein. — Man sieht, die Patrioten verstehen das Geschäft: die Wehrsteuer, die der Besitz tragen sollte, wird nicht nur abgewälzt, sie bringt ihm noch einen ganz erheblichen Gewinn ein. Unter solchen Umständen werden sie mit Hurra in jedem Jahre einer Wehrsteuer zustimmen.

Das preußische Abgeordnetenhaus

setzte am Montag die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung fort. Die Debatte drehte sich zunächst um einen Antrag der Abgg. Dr. Röficke und Diederich Hahn, der eine Denkschrift fordert über die Tätigkeit des königlichen Börsenkommissars über die Entwicklung des Börsenhandels und der Emissionen an den preußischen Börsen, sowie über die Emissionen ausländischer Werte an den preußischen Börsen und die Anlage deutscher Kapitalien im Auslande. Die Debatte bewegte sich in denselben Bahnen, wie die börsenpolitischen Debatten, die man alljährlich im Reichstag zu hören bekommt. Mit dem preußischen Etat hat der Antrag eigentlich nichts zu tun; er ist wohl nur deshalb gestellt worden, damit die Häuptlinge des Bundes der Landwirte Gelegenheit haben, ihre Reden, die sie infolge des Durchfalls bei den letzten Wahlen im Reichstag nicht mehr halten können, im Landtag los zu werden. Der Antrag wurde der Budgetkommission überwiesen.

Die weitere Debatte drehte sich um das Fortbildungsschulwesen. Hierbei wurden wiederum von konservativer Seite die rückschrittlichsten Anschauungen zutage gefördert, Anschauungen, denen u. a. Gen. Leinert energisch entgegentrat.

Zu Beginn der Sitzung erklärte das Haus eine Reihe von Petitionen, die das uneingeschränkte Koalitionsrecht für alle Arbeiter verlangen, für nicht geeignet zur Beratung im Plenum. Gen. Liebknecht erhob Einspruch gegen ein solches Vorgehen, aber vergebens: die Sozialdemokratie stand mit ihrer Anschauung allein. — Am Dienstag wird die Etatsberatung fortgesetzt.

Der Provinziallandtag als agrarische Interessenvertretung.

Der sächsische Provinziallandtag beschloß auf seiner soeben beendeten Tagung, die bisher bestehende Provinzialhilfskasse zu einer öffentlichen Provinzialbank auszugestalten, um der Landwirtschaft den Kredit zu erleichtern. Weiter wurde beschlossen, mit einem Kapital von 1 070 000 Mark eine Provinziallebensversicherung zu gründen, um der „Volksfürsorge" Konkurrenz zu machen und um gegen das Übergreifen der Sozialdemokratie auf das flache Land einen starken Damm aufzurichten. Um der immer gefährlicher werdenden Landflucht entgegen zu wirken, bewilligte die agrarische Mehrheit des Landtags 2 Millionen Mark zwecks Beteiligung an der Siedelungsgesellschaft Sachsenland; außerdem wurden noch 30 000 Mk. für eine Jubiläumsstiftung des landwirtschaftlichen Instituts an der Universität Halle bewilligt. Diese einseitige Förderung agrarischer Interessen war ohne Steuererhöhung nur möglich, weil — wie der Landeshauptmann bei der Etatsberatung ausführte — bei den Provinzialfürsorgeanstalten erhebliche Abstriche gemacht wurden.

Artilleriejugendwehren.

Der Jugendwehrunfug ist soweit gediehen, daß, wie seinerzeit berichtet wurde, Artilleriejugendwehren eingeführt wurden, die natürlich vom Militär in gleicher Weise begünstigt worden sind, wie die anderen Jugendwehren. In den Mitteilungen über diese Begünstigungen erregte vor allen Dingen Aufsehen, daß diese Artilleriejugendwehren die Schießplätze benützen und sich im Scharfschießen mit den vom Militär zur Verfügung gestellten Geschützen betätigt haben. Das Kriegsministerium dementiert nun im „Berl. Lokalanzeiger" jene Meldung in folgender Form:

„Von einer Genehmigung des Kriegsministeriums im Sinne dieser Ausführungen ist an zuständiger Stelle nichts bekannt, ebensowenig von einer Betätigung der Jugendwehren im Scharfschießen auf Artillerie-Schießplätzen. Es mag dahingestellt bleiben, ob vielleicht irgendwelche Jugendwehrgruppen mit Genehmigung eines Truppenkommandeurs gelegentlich einmal als unbeteiligte Zuschauer einem Scharfschießen beigewohnt haben. Über die daran geknüpfte Frage, „wer die Kosten für die doch recht teure Munition zahlt", erübrigt sich daher jede weitere Erörterung."

Das Dementi ist in der Hauptsache eine Bestätigung der angefochtenen Mitteilungen. Ob der Kriegsminister davon weiß oder nicht, spielt keine Rolle. Will der Kriegsminister unterrichtet sein, muß er eben die Truppenkommandeure anweisen, daß sie nur mit seiner Einwilligung den Jugendwehren die militär-fiskalischen Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Abgeordneter Hestermann klagt.

Der wandlungsfähige Reichstagsabgeordnete Hestermann erklärt in der „Hessischen Landeszeitung", daß er gegen die Abgg. Dr. Böhme und Wachhorst de Wente Klage angestrengt habe. Es handelt sich darum, ob Wachhorst de Wente erklärt hat, daß der Bauernbund auf die Untergehung des Linksliberalismus angewiesen sei und mit seinen eigenen Mitteln nicht lebensfähig wäre. Bei den Eigenheiten, die Herrn Hestermann zieren, darf man sich auf interessante Auseinandersetzungen gefaßt machen.

Bayern und der Waffengebrauch des Militärs.

Die „Post" läßt sich aus München melden, daß Bayern gegen die Übertragung preußischer Bestimmungen bezüglich des Waffengebrauchs des Militärs auf das bayerische Heer zwar Bedenken erhoben hat, jedoch die Verhandlungen mit Preußen fortsetzen will. — Wenn diese Nachricht richtig ist, dann wird der bayerische Landtag ganz bestimmt nicht säumen, dafür zu sorgen, daß die preußischen Vorschriften in Bayern keine Geltung bekommen; die Hoffnung der „Post" und anderer reaktionärer Blätter dürfte sich als verfehlt erweisen.

Eine Auslandsorganisation der westdeutschen Industriellen.

Nachdem vor kurzem schon eine aus Handelsinteressenten gebildete Gesellschaft zustande gekommen ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen Deutschlands im Auslande zu wahren und dadurch die geplante Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Welthandel", die vom Bund der Industriellen gegründet werden sollte, hinausgeschoben wurde, haben die westdeutschen Industriellen jetzt beschlossen, eigene Wege zu gehen. Sie haben eine Auslandsgesellschaft m. b. H. gegründet. Hauptmacher sind die Herren Baare-Bochum, Hugenberg vom Kruppwerk in Essen, Kirdorf und Hugo Stinnes. Anscheinend ist die Gründung nur deshalb so rasch erfolgt, damit bei einem späteren Zusammenschluß der verschiedenen Auslandsvereinigungen die Interessen der rheinisch-westfälischen Großindustrie nicht zu kurz kommen.

Spanien.

Das Wahlergebnis. Nach den bisher bekannt gewordenen Ergebnissen der Wahlen sind 235 Ministerielle, 75 Liberale von der Partei Romanones, 26 Liberale von der Partei Garcia Prieto, 18 Republikaner und Sozialisten und 12 Anhänger Mauras gewählt worden.

Amerika.

Niederlage der mexikanischen Regierungstruppen. Wie gestern drahtlos aus Tampico nach Vera Cruz gemeldet worden ist, haben die Rebellen Altamira geschlagen, der sich dann nach Tampico zurückzog. Der britische Kreuzer „Hermione", der deutsche Kreuzer „Dresden" und die Schlachtschiffe der Vereinigten Staaten „Connecticut" und „Minnesota", sowie das amerikanische Lazarettschiff „Solace" sind eilig nach Tampico abgegangen. Ferner liegt aus Laredo in Texas folgendes Telegramm vor: Unbekannte Personen brachten den Leichnam des in Mexiko getöteten amerikanischen Untertanen Vergaras auf amerikanisches Gebiet und verschwanden, ohne eine Spur zu hinterlassen. Das Opfer hat zwei Schußwunden am Kopf und eine im Nacken. Spuren deuten darauf hin, daß Vergaras gefoltert worden ist.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 10. März.

Achtung, Bauarbeiter! Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochofenwerk ihre Arbeit eingestellt. Zuzug ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes.

Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet heute im Gewerkschaftshaus statt; wir machen nochmals darauf aufmerksam sein.

Die Bürgerschaft erledigte in ihrer gestrigen Sitzung zunächst einen Antrag des Senats, über den unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandelt wurde. Der Senat hatte beantragt, 1. daß der Vertrag mit dem Geheimen Regierungsrat Scholto-Douglas und den Argowerken G. m. b. H. in Berlin, betreffend eine Flugzeugwerft auf dem Priwall aufgehoben werde; 2. daß dem Vertrage zwischen dem Finanzdepartement und der Flugzeugwerft Lübeck-Travemünde G. m. b. H. vom 28. Februar 1914 nebst Nachtrag vom 7. März 1914 die vorbehaltene verfassungsmäßige Genehmigung erteilt und die behufs Errichtung der Werftgebäude u. w. d. a., sowie der Herrichtung des Platzes erforderliche Summe von 150 000 Mark, Rechnungsablage vorbehalten, dem Finanzdepartement aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt, auch die Ausführung der sämtlichen Bauten und Arbeiten dem Finanzdepartement und der Baudeputation überlassen werde. Es wird manchem nicht recht verständlich gewesen, weshalb bei dieser Gelegenheit Geheimniskrämerei betrieben wurde. Der Antrag gelangte zur Annahme.

Zu längeren Erörterungen gab die Revision der Friedhofs- und Begräbnisordnung Veranlassung. Die Bürgerschaft hatte eine Kommission eingesetzt, die die Senatsvorlage in mancher Beziehung umgestaltet hatte. So war von ihr der Mindestsatz von 30 Mark für eine Beerdigung beseitigt worden und vorgeschlagen, als Beerdigungsgebühr bei Einkommen des Familienoberhauptes bis zu 2500 Mark auf 2 %, von 2501 Mark bis zu 5000 Mark auf 2¼ %, von 5001 Mark bis zu 7500 Mark auf 2½ %, von 7501 Mark bis zu 10 000 Mark auf 2¾ %, über 10 000 Mark auf 3 %, höchstens jedoch auf 500 Mark festzusetzen und der Friedhofbehörde das Recht zu geben, die Gebühren zu ermäßigen, wenn ihre Erhebung nach Lage des Falles eine offensichtliche Härte bedeuten würde. In der Debatte, an der sich auch Genosse Stelling beteiligte, wurden mancherlei Bedenken gegen die Kommissionsvorschläge vorgebracht und dann beschlossen, die Sache einer anderen Kommission zu überweisen.

Die Neuordnung der Schulverhältnisse im Eingemeindungsgebiet und die Erhöhung der Stellenzulagen für die Bezirksschullehrer der größeren Bezirksschulen gab Genossen Dr. Schlomer Gelegenheit für den Ausbau der Schulen im Landgebiet einzutreten. Lebhaft kritisiert wurde bei dieser Gelegenheit die Leitung des Hochofenwerks, die bemüht ist, die in diesem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten möglichst von der Außenwelt abzuschließen und in ihrer Bewegungsfreiheit zu hindern. Dazu wird bei geeig-

neter Gelegenheit noch mehr gesagt werden müssen. Die Senatsanträge gelangten zur Annahme. Kurz nach 9 Uhr hatte die Bürgerschaft ihr Pensum geschafft.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 16. März 1914, abends 6 Uhr, statt.

An der Hetze gegen die Volksfürsorge, die von einem Teil der kapitalistischen Presse zugunsten der privaten Versicherungen wieder einmal inszeniert wird, beteiligt sich, wie nicht anders zu erwarten ist, mit besonderem Eifer auch unser mehr „olles" als ehrliches Amtsblatt. Das unhaltbare Urteil eines Berliner Gerichts begeistert die Redaktion der „Lübeckischen Anzeigen" dazu, mit beiden Händen die Redaktionsschere zu ergreifen und einen drei Spalten füllenden Artikel herauszuschneiden, in dem der „sozialdemokratischen" Volksfürsorge der Garaus gemacht und vor allem die Beamten davor gewarnt werden. Wie heißt doch das Sprichwort, an das man bei dieser Gelegenheit erinnert wird: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, woran die Wespen nagen!" Die Wut der Arbeiterfeinde wird die Entwicklung und das Gedeihen der Volksfürsorge auch in keiner Weise hindern.

Die Volksfürsorge, Rechnungsstelle Lübeck, ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Der Quittungsblock Serie F, Nr. 16 261—16 280, enthaltend 20 Quittungen a 1 Mk. Aufnahmegebühren, ist verloren gegangen. Dasselbe wird hiermit für ungültig erklärt.

Die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage. Der Senat erläßt unterm 7. März folgende Bestimmung:

Der § 7 der Verordnung vom 4. Oktober 1902, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage betreffend, in der Fassung des zweiten und des dritten Nachtrages vom 26. November 1906 und vom 27. September 1911 wird wie folgt geändert: An den ersten Tagen der drei hohen Feste, Weihnacht, Ostern und Pfingsten, ferner am Bußtage, an den Vorabenden dieser vier Festtage und während der Karwoche sind alle mit Lärm verbundenen Lustbarkeiten in Gast- und Schankwirtschaften oder an anderen öffentlichen Orten untersagt. Tanzlustbarkeiten dürfen daselbst auch dann nicht stattfinden, wenn es sich um geschlossene Gesellschaften handelt. Konzerte unterliegen diesem Verbote nicht, doch sind am Karfreitage und am Bußtage nur Aufführungen geistlicher Musik zulässig. Theatervorstellungen sowie Veranstaltungen der in § 33a der Gewerbeordnung bezeichneten Art und Schaustellungen jeglicher Art sind am Karfreitage und am Bußtage untersagt. Ebenso ist die Ausübung der Jagd an diesen Tagen verboten.

In der bisher geltenden Verordnung war die Bestimmung vorhanden, daß „an den Sonnabend-Abenden, mit Ausnahme des 31. Dezember, falls dieser auf einen Sonnabend fällt, alle mit Lärm verbundenen Lustbarkeiten, einschließlich der öffentlichen Tanzbelustigungen in Gast- oder Schankwirtschaften oder an anderen öffentlichen Orten untersagt sind." Das ist nunmehr beseitigt worden; nur an den Vorabenden der hohen Festtage dürfen solche Lustbarkeiten nicht stattfinden. Das ist wenigstens eine kleine Konzession, die hier dem modernen Empfinden vom Senat gemacht worden ist.

106 Austritte aus der Landeskirche sind, wie uns gemeldet wird, am letzten Sonnabend vor dem hiesigen Stadt- und Landamt vollzogen worden.

Elternabend der Gewerbekammer, betr. Berufswahl. Die Gewerbekammer weist noch einmal auf den am Mittwoch, dem 11. März ds. Js., abends 8½ Uhr, im großen Saale des Bürgervereins, Königstraße 25, stattfindenden Elternabend zum Zwecke der Beratung über die Berufswahl der Ostern aus der Schule zu entlassenden Knaben hin, zu dem alle Eltern mit ihren Söhnen, die ins Handwerk oder in die Industrie eintreten wollen, eingeladen sind.

Das diesjährige Zurückstellungsverfahren für den Fall einer Mobilmachung findet am Mittwoch, dem 1. April 1914, 11 Uhr morgens, im Restaurant „Zum Burgfeld" (früher Pockenhof), Vorstadt St. Gertrud, statt. Die Mannschaften der Reserve, Marinereserve, Landwehr, Seewehr, Ersatzreserve, Marine-Ersatzreserve, sowie die ausgebildeten Landsturmpflichtigen des zweiten Aufgebots, welche im Bezirk der freien und Hansestadt Lübeck ihren Wohnsitz haben und welche wegen ihrer bürgerlichen Verhältnisse im Falle einer Mobilmachung auf Zurückstellung für das Jahr 1914 Anspruch machen wollen, werden aufgefordert, ihre Gesuche vorher im Geschäftszimmer der Ersatzkommission, Lübeck, Mengstr. 61 (Markthalleneingang), einzureichen und in dem oben angegebenen Termine persönlich zu erscheinen.

b. **Schöffengericht** am 10. März. Das „große Los" der Hamburger Stadtlotterie hat der Loshändler N. fünf hiesigen Einwohnern, darunter auch einem Rechtsanwalt angepriesen. Der gute Mann schien jedoch an die falschen Adressen gekommen zu sein, denn die Prospekte mit den vielen Ziffern befinden sich jetzt nicht in den Privatschränken hoffnungsvoller Lotteriespieler, sondern in der Aktenmappe des Staatsanwalts. Für den Angeklagten nichts Neues, denn er hat bereits 15 Vorstrafen wegen Lotterievergehens zu verzeichnen. Auf eine neue Strafe ist N. gefaßt; sie scheint bei dem einträglichen Geschäft auch übrig zu sein, er wünscht jedoch, daß die fünf, zur gleichen Zeit auf die Post gegebenen Briefe als ein Vergehen betrachtet werden. Dieser Rechtsauslegung folgte das Gericht nicht, sondern nahm nach dem Staatsanwaltsantrag fünf Einzelvergehen an und verurteilte N. zu 600 Mark Geldstrafe oder 60 Tage Gefängnis. Da die Briefe an fünf verschiedene Personen gerichtet war, mußte nach dem bisherigen Rechtsbrauch für jeden Fall eine Strafe ausgesprochen werden, die um je 20 Mark über den Mindestsatz gesteigert wurde. — An der gefährlichen Straßenkreuzung in der unteren Hüxstraße, die von unserer Seite in der vorletzten Bürgerschaftssitzung angeführt wurde, erfolgte kürzlich ein Zusammenstoß der Elektrischen mit dem Automobil des Chauffeurs K. Der massivere Straßenbahnwagen wurde nur leicht beschädigt, dagegen mußte K. einem Rade seines Wagens nachrennen, das von dem unsanften Schubs weggestoßen wurde. Die heutige Gerichtsverhandlung schob die Schuld dem Chauffeur zu, der zu 40 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Der Staatsanwalt erklärte, daß die Chauffeure niedrige Strafen gar nicht beachteten. — Der Butterliebhaber von Malkendorf. In unserer nördlichsten, schön gelegenen Enklave Malkendorf wohnt ein Butterfreund, der seinen Bedarf beim Holländer O. deckt, ohne diesem besondere Besuchsanzeigen zuzustellen. Unter den unerbetenen Gästen war allerdings ein des Schreibens unkundiger: ein unverschämter Köter, der an einem Vormittag nicht weniger als 6 Pfund Butter in seinen gierigen Schlund hinunterwürgte, ohne den Magen zu überladen. Die wiederholten Lücken in der Vorratskammer spornten die Holländersleute zu größerer Aufmerksamkeit an; die Ein- und Ausgehenden wurden strenger kontrolliert. Allerdings kam fast einzig der Schweizer St. in Betracht, da er außer wenigen Milchlieferanten und der Schönsten im Dorfe, einer 20jährigen Bauerstochter, freien Zutritt zu dem Raum hatte. Eines Tages, als St. herauskam, fehlte wieder ein Pfund Butter. Der Angeklagte zeigte Kannen und Wagen, auch einige Taschen zum Beweise, daß er frei von jeder Schuld sei. Als er die übrigen Taschen des aufgerissenen Ueberziehers auch noch revidieren lassen sollte, zog er Zeitmangels wegen von dannen. Nun wird St. verdächtigt, wenigstens dieses letzte Pfund gestohlen zu haben. In seiner Anwesenheit verwandelte sich nach Angabe der Holländersfrau auch einmal ein ganzes Pfund in ein halbes. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Der Verdacht bleibe allerdings bestehen, daß der Angeklagte der Dieb sei. Beantragt war eine Woche Gefängnis.

Der Fährbetrieb im Umschlaghafen ist gestern wieder aufgenommen worden.

pb. **Wem gehört die Tasche?** Auf dem Marlifelde, unweit der Hohenzollernstraße, wurde eine aus weißem Stoff gefertigte, innen mit roter Seide gefütterte und mit einer Stickerei versehene Damen-Handtasche gefunden, die vermutlich aus einem Diebstahl herrührt. Die rechtmäßige Eigentümerin wird ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden.

pb. **Diebstähle.** Am Sonntag, dem 1. ds. Mts. ist einer Dame aus Mölln an der Kasse des Hansatheaters ein ziemlich großes braunes Lederportemonnaie mit 53 Mk. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Außerdem befand sich in dem Portemonnaie ein kleiner Taschenkalender mit der Firma: „Gustav Krippner, Hamburg". — In der Nacht vom 8. zum 9. ds. Mts. ist aus dem verschlossenen Pferdestalle der Ziegelei „Buntekuh" ein schwarzes Pferdegeschirr abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Heizer aus Melle, der seitens der Königl. Amtsanwaltschaft in Westerstede wegen Hausfriedensbruchs steckbrieflich verfolgt wird.

Neues Stadttheater. Um Mißverständnisse zu vermeiden, sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß für die nächste Spielzeit die Herren Dr. Praetorius und Furtwängler als coordinierte 1. Kapellmeister angestellt sind. Die beschränkte Anzahl von Opern, die Kapellmeister Furtwängler dirigieren wird, ist noch nicht festgestellt. Jedenfalls beruht es auf einem Irrtum, daß sich keine Wagner-Oper darunter befindet.

Der

Lübecker Volksbote

dient

den Arbeiterinteressen

schützt

die Rechte des Volkes!

Moorgarten. Eine gutbesuchte Versammlung tagte am Sonntag im Lokale des Herrn Herring. Genosse Radden-Lübeck sprach über das Thema „Die politische Gleichberechtigung der Frauen — die Reaktionäre an der Arbeit". Redner schilderte ausführlich, welche Stellung heute die Frau im Wirtschaftsleben einnehme, wo sie ebenso wie der Mann unter der Steuer- und Wucherpolitik der Reaktion zu leiden hätte. Deswegen wäre es an der Zeit, daß auch sie sich aufraffe, um das allgemeine, gleiche, direkte, geheime, passive und aktive Wahlrecht für sich zu erstreben. Die Mittel hierzu wären die gewerkschaftliche und politische Organisation sowie die Arbeiterpresse. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Altona. Einsturz des Ausstellungspalastes in Stellingen-Langenfelde. Auf dem Gelände des neuen Vergnügungsparkes stürzte infolge des heftigen Sturmes der im Bau begriffene Ausstellungspalast, ein Gebäude, das 15 000 Personen fassen soll, zusammen. Der Bau wird von einer Firma in Weimar nach einem besonderen System ausgeführt. Zehn große Bogen waren schon auf den Zementfundamenten errichtet. Der Schaden ist bedeutend.

Harburg. Anklage wegen Majestätsbeleidigung. In einer Notiz des Harburger „Volksblattes", die sich mit der Ordensverleihung an den Obersten von Reuter befaßte, hat der Staatsanwalt eine Majestätsbeleidigung gefunden und gegen den Verantwortlichen, Genossen Schubert, Anklage erhoben. In der Notiz wird kurz die Haltung festgestellt, die Wilhelm II. als Armeechef gegenüber dem Konflikt zwischen Bürgertum und Militär in Zabern einnehmen mußte.

Kiel. Ein Landesverratsprozeß. Das Oberkriegsgericht in Kiel hat am Sonnabend den Funkentelegraphisten Michael zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Anklage lautete auf Verrat militärischer Geheimnisse, Diebstahl, Bestechung, Ungehorsam gegen einen Befehl in Dienstsachen, wodurch ein erheblicher Nachteil für die Marine entstanden ist. Das Urteil in erster Instanz, gegen das der Gerichtsherr Berufung eingelegt hatte, lautete nur auf drei Jahre sieben Monate Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust. Sowohl von dem Gericht erster wie zweiter Instanz war die Oeffentlichkeit während der Verhandlung wie auch bei Verkündung des Urteils vollständig ausgeschlossen.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater erzielte gestern abend Richard Wagners Musikdrama „Tristan und Isolde" eine tiefe Wirkung. Frau Mottel-Faßbender schuf eine Isolde von solcher Innerlichkeit und Größe des Ausdruckes, wie wir sie hier wohl kaum je gesehen haben, trotz einiger Schärfen ihres Organs. Ihr stand in Herrn Kammersänger Golz als Tristan ein Künstler zur Seite, der diesen sich nach dem Reiche der Nacht sehnenden Helden ohnegleichen eindringlich wiedergab. Frl. Meisner (Brangäne) und Herr de Garmo (Kurvenal) bestanden sehr ehrenvoll neben diesen Gästen. Der Dirigent des eminent schwierigen Werkes, Herr Pfeiffer, bewährte sich als wirklicher Meister der Musik, unter dessen Leitung das Orchester Vollendetes zu bieten bestrebt war. Wir kommen auf die Aufführung noch zurück. P. L.

Oldenburger Landtag.

h. Die Landtagstagung nähert sich ihrem Ende und bringt zum Schluß noch einige wichtige Fragen zur Erledigung, wobei es zu äußerst interessanten und bezeichnenden Aeußerungen kam.

Im Vordergrund der Verhandlung stand einmal die Frage des Bauarbeiterschutzes. Die Landeskommission des Bauarbeiterverbandes für Bauarbeiterschutz hatte sich an die Regierung und den Landtag gewandt, eine Verordnung zu erlassen zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter.

Die Regierung hatte dazu erklärt, daß sie die Ausarbeitung einer Landes-Baupolizeiverordnung in Angriff genommen habe, und daß demnächst die Verordnung erscheinen wird. Die Genossen Hug und Fick, welch letzterer aus eigener Erfahrung alle die Gefahren des Baugewerbes kennt, brachten noch einmal recht treffende Beiträge für die Notwendigkeit des Bauarbeiterschutzes und begründeten auch die Anstellung von Kontrolleuren aus Arbeiterkreisen. Die Petition wurde als Material für die Ausarbeitung der Verordnung der Regierung überwiesen.

Eine Forderung aus Handelskreisen fand von der Regierung ein schnelles Entgegenkommen, nämlich die Errichtung eines Handelsgerichts für das Herzogtum, eine Forderung, die erst seit ein paar Jahren erhoben ist.

Ein Antrag löste eine recht lebhafte Debatte aus. Der „liberale" Abgeordnete Dursthoff hatte beantragt, 5000 Mark zur Unterstützung der nationalen Jugendbewegung zu bewilligen. Die Regierung sprach sich für den Antrag aus, der von einem Teil der Liberalen mit unseren Genossen heftig bekämpft worden ist. Staatsminister Scheer suchte auf Grund einer hektographischen Einladung, die sich an die „Jugendgenossen und Jugendgenossinnen" wandte, den Beweis für eine politisch-sozialistische Jugendbewegung zu erbringen. Der Minister machte die recht bezeichnende Ausführung, daß auf Grund der Lehrverträge Lehrlinge nur mit Genehmigung des Meisters selbst Wohltätigkeitsvereinen angehören dürften, und daß der Meister auf Grund dieses Vertrages das Recht habe, einen Lehrling zu entlassen, der dagegen verstoße. Unsere Genossen wiesen mit Recht darauf hin, daß eine solche Bestimmung, die den Lehrling in Konflikt bringt zwischen Wünschen des Vaters und dem Gebot des Meisters überhaupt nicht in einen Lehrvertrag hinein gehöre. Dann aber zeigten unsere Redner, daß unsere Jugendbewegung eine solche der Bildungsbestrebungen sei, dagegen die nationale Jugendbewegung gegründet ist als Kampforganisation gegen die Sozialdemokratie, vorher hätten diese Kreise sich nicht um die Jugend gekümmert.

Die Abstimmung über diesen Antrag war eine namentliche, er wurde mit 20 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Ein Gesetzentwurf der Regierung beabsichtigt eine Aenderung des Einkommen- und Vermögenssteuergesetzes. Der Entwurf entsprach nicht unseren Forderungen, stellte aber in mancher Beziehung eine Besserung des jetzigen Gesetzes dar. Während unsere Genossen für die Beratung des Gesetzes eintraten, war die Mehrheit gegen die Beratung, weil die Regierung nicht genügendes Entgegenkommen zeigte. Die wirtschaftlichen Interessengegensätze machten sich hier so recht bemerkbar und ein Bürgerlicher sagte unverblümt, bei Steuerfragen hören die Grundsätze auf. Die Vorlage wurde mit 20 gegen 18 Stimmen abgelehnt, gegen die Ablehnung der Beratung stimmten die Sozialdemokraten.

Ein Antrag unserer Genossen auf Aufhebung der Ausnahmebestimmung im Steuergesetz, wonach Aktivgenossenschaften, Erwerbsgenossenschaften usw. nicht über 4 Prozent herangezogen werden können, wurde abgelehnt.

Die Finanzverhältnisse des Fürstentums Birkenfeld sind recht ungünstige. Der Etat für 1914 weist einen Fehlbetrag von 118 000 Mark auf. Zur Deckung des Fehlbetrages soll ein Zuschlag zur Einkommensteuer in Höhe von 15 Prozent erhoben werden. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die unteren Steuerstufen bis zu 1000 Mk. Einkommen zuschlagsfrei zu lassen, wurde abgelehnt und der Zuschlag allgemein auf 15 Prozent festgesetzt.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es über die Frage der Verstaatlichung des Landes-Gewerbemuseums, das bisher von einem Verein verwaltet wird. Das Eintreten der Sozialdemokraten für die Verstaatlichung und die Beratung des Steuergesetzes brachten den sozialdemokratischen Abgeordneten den Vorwurf der bewilligungslustigen Partei ein, im selben Augenblick, wo die Liberalen von neuem die Regierung ein erweitertes Bestätigungsrecht für Kommunalvorsitzende bei Gründung von Zweckverbänden einräumten.

Das geheime Verbindungswesen am Oldenburger Gymnasium führte einmal wieder zur Verhandlung im Landtag. Dabei wurde bei der Beratung im Ausschuß festgestellt, daß die Schüler auf der einen Seite mit Entlassung bedroht werden im Falle der Zugehörigkeit zur geheimen Verbindung, daß aber gleichzeitig dieser geheimen Verbindung sogenannte „alte Herren", höhere Beamte, der Vereinigung angehören!

Bei der Debatte wurde mißbilligt, daß der Minister in öffentlicher Sitzung des Landtages den Direktor des Gymnasiums angriff, die Gründe der Versetzung des Direktors mitteilte, der sich vergeblich bemühte, das Verbindungswesen zu beseitigen.

Nach einer Reihe zweiter Lesungen war schließlich das Ende der Tagung erreicht.

Der Staatsminister teilte mit, daß der Landtag beraten hat 35 Gesetzentwürfe, 50 Regierungsvorlagen, 4 Interpellationen, 14 selbständige Anträge und 149 Petitionen und dankte für die Mitarbeit des Landtages.

Kommunales.

Mißwirtschaft in einer städtischen Sparkasse. Der Kopist Gustav Kleinjohann hat als Angestellter der städtischen Sparkasse in Köln über 15 000 Mk. unterschlagen. Mit 125 Mk. monatlichem Gehalt hatte er nur Eintragungen in die Sparkassenbücher zu machen. Entgegen den Vorschriften vereinnahmte er aber auch öfter Gelder und nahm sogar Bücher der Kasse mit nach Hause. Der Gerichtsvorsitzende meinte, es scheine, der Angeklagte habe mit dem Vermögen der Stadt schalten und walten können. Stadtsekretär Schmitz führte die Vorkommnisse auf die Überlastung der Beamten zurück. Schon sein Vorgänger habe ohne Erfolg an die Stadtverwaltung das Ersuchen gerichtet, Hilfskräfte einzustellen. Selbst der Staatsanwalt beantragte schließlich, dem Angeklagten mildernde Umstände zuzubilligen. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis; vier Monate der Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet.

Briefkasten.

L. 5. Eine Verordnung darüber besteht nicht. Der Standesbeamte setzt unter möglichster Berücksichtigung der Wünsche den Termin der Eheschließung fest.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

„Phönix-Bräu", unter dieser Marke bringt die hiesige Phönix-Brauerei ein neuartiges, aus reinem Hopfen und Malz hergestelltes helles Braunbier in den Handel, das einen erfrischenden Geschmack besitzt, blank aussieht und sich lange genießbar hält. Die ½-Liter-Flasche kostet 10 Pfg.

Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzspenden beim Begräbnis unserer lieben Tochter Magda sagen wir unsern innigsten Dank.

1772) **Familie Haß.**

Suche für meinen 13jähr. Sohn eine Stelle nach dem Lande.
Nullmann, Wakenitzmauer 3 a,
1794) Hinterhaus I.

Gesucht zu Ostern oder später

2 Schmiede-Lehrlinge

gegen Vergütung u. außer d. Hause.
Johs. Brinckmann,
1679) **Lachswehr-Allee 1 a.**

Tüchtiger Maurer, tüchtiger Töpfer gesucht. Nähe Johannisstraße wohnend. Angebote unter **J F L** an die Exp. d. Bl. (1764

Großes leeres Zimmer,
straßenwärts, zu vermieten
1793) Brüderstraße 15, I.

Zum 1. Juli an einz. Leute eine **Zwei-Zimmer-Wohnung** zu verm. Angebote unter **L R** an die Expedition d. Bl. (1784

Umständehalber zum 1. April eine **2—3-Zimmer-Wohnung gesucht** von Leuten mit einem Kind. Ang. unt. **B 148** an die Exp. d. Bl. (1781

Gesucht eine Zwei-Stuben-Wohnung im Preise von 180—200 Mk. vorm Holstentor. Angebote unter **M L** an die Exp. d. Bl. (1780

Gesucht zu sofort ein möbliertes Zimmer mit Nebengelaß, klein und hell. Angebote unter **B T** an die Exp. d. Bl. (1777

Ein gut erhaltener Klapp-Sportwagen zu verkaufen.
1782) Schützenstraße 49 a, part.

Sofa, Sofatisch, 2 Stühle, Klappsportwagen und Kinderbettstelle mit Matratze billig zu verkaufen.
1778) Hüxstraße 122 a.

Eine eis. Kinderbettstelle, 2 Stühle, 1 Küchenbort, Ztellig, gut erhalten, billig zu verk. Schwartau, Hotel vier Jahreszeiten, 1. Etg. (1773

---

50 Pfd. Magn.-bon.-Kartoffeln
billig zu verkaufen.
1792) Gneerdesstraße 47, II.

Guterhalt. Jahrrad 1776
mit Torpedo-Freilauf billig zu verkaufen. Margarethenstr. 25.

Ein guterhaltener Tisch
billig zu verkaufen.
1779) Rabenstraße 12a.

---

1 guterhalt. Klappsportwagen
zu kaufen gesucht.
1788) Stitenstraße 5, I.

Zu kaufen gesucht eine **antike Dielenuhr,** gutgehend, eichen Gehäuse. Angebote mit Preis unter **T D 5** an die Exp. d. Bl. (1795

Sichere Existenz

bietet jedermann der **Chauffeurberuf,** wenn durch unsere **staatlich konzessionierten Chauffeurschule** ausgebildet. **Stellung garantiert.** Prospekt kostenlos.
Anhaltische Automobil-Industrie
Bernburg a. S. (1775

Kostüme, Damen- und Kinderkleider werden sauber angefertigt.
1799) Hartengrube 46, II.

Empfehle mich allen Freunden und Bekannten.
Wilhelm Wigger, Friseur.
1785) Nebenhofstraße 8.

Heines Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Goethes Werke
3 Bände 4 Mk.
Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Persil für Wollwäsche!
Henkel's Bleich-Soda
1774

Sehr schöne
frische 2. Sorte Meiereibutter per Pfund **1.35**
Ia. frische Bauernbutter . . per Pfund **1.20**
Frische Bratbutter . . . . . per Pfund **1.10**
empfiehlt **Th. Storm Nachfl.**
Königstraße 98. 1796 **Fernsprecher 473.**

Dritter Teil

Bebels Leben

von Karl Kautsky

ist jetzt auch erschienen

und wollen die Bezieher der beiden ersten Teile ihre Bestellungen baldigst aufgeben.

Preis des dritten Teils 2.25 Mk.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
2980 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Verband d. Maler!

Gesellenausschußwahl
am Mittwoch, dem 11. März
abends 8 Uhr
im Bürgerverein.
1789) **Der Vorstand.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 11. März
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen **Radden** über: „Die Vernichtung des Koalitionsrechts".
3. Unser Ausflug.
4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
1800) **Die Ortsverwaltung.**

Verein f. Ferien-Kolonien.

General-Versammlung
am Donnerstag, dem 12. März
mittags 12 Uhr
im Hause der Ges. z. Bef. gem. Tät.
T.-O.: Jahresbericht, Rechnungsablage, Wahlen.
1753) **Der Vorstand.**

Versammlung
am Mittwoch, d. 11. März 1914
9½ Uhr. (1790

Gasthof Kl.-Mühlen.
Am Sonntag, dem 15. März:
Ball des Vereins Frohsinn.
Eintritt 80 Pfg. (1786
Hierzu laden freundlichst ein
Der Vorstand und **O. Evers.**

Kurzes Gastspiel des
Rudolph-Bäron-Ensembles.
Neu! Neu! Neu!
Grosse Revue.
Mein Hamburg!
Da lacht das Herz!
Charly Wittong als Gast.
Vorverkauf bei **Sager,** Kohlmarkt, und **Nagel,** Am Markt.
Anfang: Sonntags 8 Uhr
1496) Werktags 8¼ Uhr.
Kleine Preise.

Neues Stadttheater.
Dienstag, den 10. März 1914:
149. V. i. Voll-Ab. 25. V. i. Dienst.-Ab.
Anfang 7½ Uhr. Ende 10¼ Uhr.
Tiefland.
Oper v. Eugen d'Albert.
Große Preise.
Mittwoch, den 11. März 1914:
Außer Abonnement. **Mittelpreise.**
Abends 8¼ Uhr. Ende nach 10 Uhr.
Zum letzten Male:
Die spanische Fliege.
Donnerstag, den 12. März 1914:
IV. Abend im Lustspiel-Zyklus.
150. V. i. Voll-Ab. 24. V. i. Donn.-Ab.
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10½ Uhr.
Gastspiel von Elsa Valéry vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg.
Mirandolina.
Hierauf:
Ein Diener zweier Herren.
Lustspiele von C. Goldoni.
Mittelpreise. (1787

Meierei Schwartau
Inh.: **Ph. Eitel** — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (281

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 47
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Konzerthaus Fünfhausen.
Heute Dienstag: **Grosses Tanzkränzchen**
Mittwoch: **Tanzkränzchen.** 1797

Moisling.

Die Mitglieder-Versammlung der Sozialdemokratischen Frauen am Mittwoch, dem 11. März, fällt aus.
1791) **Der Vorstand.**

Mittwoch Markthalle St. 28: (1798
Jg. Ziegenlammfleisch, ℔ **40** ₰

1798 **Achtung Hertinge.**
Hochfeines Bratenschmalz
Herm. Dose
Roßschlachterei
Engelsgrube 58. Hundestr. 62.

1274) Kaufe jeden Posten
ausgekämmtes Haar.
Herm. Klempau
Ludwigstr. 38 u. Hartengrube 33, I.

Holsten-Meierei
Fernruf 2336 **Wickedestr. 44**
empfiehlt **alle Meiereiprodukte** in bekannter Güte.
Geschäfte, welche **Niederlagen** übernehmen wollen, werden gebeten, sich zu melden. (126

Vorwärts Bibliothek

Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk

Erwacht Ein Roman aus dem Proletarierleben von A. Ger
Der Ausweg Eine Erzählung von Ernst Preczang
Das Land der Zukunft Reisebeschreibung von Leo Kolisch Mit einer Einleitung von Paul Göhre
Verschrobenes Volk von K. Grötzsch.
Der Prinzipienreiter Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Blos
In den Tod getrieben Zwei Erzählungen v. Ernst Preczang
Der Pariser Garten und anderes. Von Minna Kautsky
Mutter Ein Frauenschicksal von Joh. Ferch

Jeder Band gut gebunden 1 Mark
Die Vorwärts Bibliothek ist die geeignetste Unterhaltungslektüre für jede Arbeiterfamilie

Zu beziehen durch Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 58. Dienstag, den 10. März 1914. 21. Jahrg.

Seid einig!

Wenn ein Baum einzeln dasteht, wird er von den Winden gerüttelt und seiner Blätter beraubt; und seine Zweige, statt sich zu erheben, senken sich, als suchten sie die Erde.

Wenn eine Pflanze einzeln steht, verschmachtet sie und verdorret und stirbt, denn sie findet keinen Schutz gegen die Hitze der Sonne. Wenn der Mensch allein steht, beugt ihn des Windes Macht zur Erde nieder und die sengende Begehrlichkeit der Großen dieser Welt verzehret den Saft, der ihn ernährt. Seid also nicht wie die Pflanze und wie der Baum, die allein stehen, sondern vereinigt euch, unterstützt euch und schützt euch wechselseitig. Solange ihr uneinig seid und jeder nur an sich denkt, habt ihr nichts als Leiden, Jammer und Unterdrückung zu hoffen. Was ist schwächer als ein Sperling und wehrloser als eine Schwalbe? Doch wenn ein Raubvogel erscheint, sind die Sperlinge und Schwalben stark genug, ihn zu verjagen, indem sie sich um ihn versammeln und ihn alle zugleich verfolgen. Nehmt ein Beispiel am Sperling und an der Schwalbe.

Wer sich von seinen Brüdern trennt, dem folgt die Furcht, wenn er geht, sie setzt sich zu ihm, wenn er ausruht, und selbst in seinem Schlummer verläßt sie ihn nicht. Darum, wenn man euch fragt: Wie viele seid ihr? antwortet: Wir sind eins; denn unsere Brüder das sind wir, und wir, das sind unsere Brüder.

Lamenais.

Gewerkschaftsmitglieder und rote Woche.

Die „Metallarbeiter-Zeitung", das Organ der größten deutschen Gewerkschaft, schrieb dieser Tage:

„Vom 8. bis zum 15. März wird durch das ganze Reich eine durchgreifende Agitation für die sozialdemokratische Partei und deren Presse statfinden: Die rote Woche! Wohl hat die deutsche Arbeiterbewegung einen Aufstieg zu verzeichnen gehabt, wie er beispiellos in der ganzen Welt dasteht: ein Wachstum, so rasch und so gewaltig, wie es von keiner Partei je erlebt wurde. Jede neue Wahl brachte neuen gewaltigen Stimmenzuwachs, brachte Erfolge, die selbst hochgespannteste Erwartungen übertrafen.

Aber die Entwicklung der Organisationen und die Verbreitung der Parteipresse hat nicht immer gleichen Schritt mit diesem Wachstum gehalten. In der letzten Zeit war besonders unter dem Eindruck der Krise ein Stillstand, hier und da selbst ein Rückgang, in der Zahl der Organisierten und der Leser der Parteipresse eingetreten. Diese Stockung muß überwunden werden. Die deutsche Arbeiterklasse steht in schweren Kämpfen. Da ist das Vereinigungsrecht: Unternehmertum und Regierung sind bemüht, dieses unzulängliche Recht noch mehr zu verschlechtern. Unter dem Deckmantel des Schutzes der Arbeitswilligen möchte man die organisierte Arbeiterschaft wirtschaftlich wehrlos machen, möchte die Ausübung des Vereinigungsrechtes unter Gefängnis- und Zuchthausstrafe stellen, möchte die Polizei zur ständigen Schutzgarde des Unternehmertums und der Streikbrecherkolonnen machen. Das gilt es zu verhindern! Mehr noch! Die Arbeiter brauchen ein wirklich freies Vereinigungsrecht, sollen sie im Kampfe um ihre wirtschaftlichen Interessen nicht dem übermächtigen Unternehmertum erliegen.

Und dann die Zuspitzung der Verhältnisse auf rein politischem Gebiete. Am Zollwucher wird nichts geändert, wenigstens nichts zugunsten der breiten Massen des Volkes, eher kommt der „lückenlose Zolltarif", der neue Belastungen der Arbeiter und neue Gewinne dem Junkertum verheißt. Der Militarismus triumphiert über die Verfassungsrechte der Bürger und neue Militärvermehrungen werden die militärische Ueberhebung bis zum Wahnwitz steigern. Noch sind die Milliarden zur Deckung der letzten Heeresvermehrungen nicht aufgebracht und schon wagen sich die Rüstungstreiber mit neuen Forderungen ans Tageslicht, die neue, unermeßliche Belastung des Volkes in Aussicht stellen. Die Kehrseite aber ist: Fortdauer der politischen Rechtlosigkeit des Volkes. Hohnlachend weist man jede Forderung auf Ausbau der Verfassungsrechte ab, geht vielmehr mit skrupellosem Zynismus daran, solche Rechte, wo sie noch bestehen, zu vernichten.

Ein Sturmmarsch gegen die Volksinteressen von allen Seiten. Gegen die Sozialdemokratie aber ein Kesseltreiben der gesamten Reaktion! Der Reichskanzler selbst ruft dazu auf! Wir nehmen den Kampf auf. Aber wir brauchen dazu starke und geschlossene Scharen und darum soll die rote Woche Tausende und aber Tausende unserer Organisation zuführen, unsere Parteipresse Tausende und aber Tausende neuer Leser bringen .... Ueberall ist den Volksmassen klarzumachen, was auf dem Spiele steht und daß gegen die Macht der anstürmenden Reaktion nur eine mächtige Organisation der Sozialdemokratie Schutz bietet. Auf zur Arbeit für die rote Woche! Auf zum Kampf gegen die Feinde des Volkes!"

Auch andere Gewerkschaftsblätter fordern ihre Leser zur Arbeit für die rote Woche auf. Möge dieser Aufforderung von den Gewerkschaftsgenossen recht zahlreich Folge geleistet werden!

Reichstagsauflösung und Neuwahlen.

Stockholm, im März.

Die Auflösung der Zweiten Kammer des Reichstages ist nunmehr erfolgt und die Neuwahlen werden im April stattfinden. Die Grundzüge der Regierungsvorlage zur Neuregelung der Landesverteidigung sind gleichzeitig mitgeteilt worden, so daß dann der Wahlkampf auch die positiven Vorschläge betreffen wird, die von der Regierung in dieser Frage der neuen Kammer gemacht werden sollen.

Die Vorlage will die Heeresreform nach den Wünschen der „sachverständigen" Militärs lösen. Neben dem, was Staaff schon in Anlehnung an die Kommissionsverhandlungen von diesem Reichstage fordern wollte, kommt nun auch die Uebungszeit der Infanterie zur Entscheidung. Und zwar wird die Uebungszeit auf ein Jahr erhöht, nämlich 250 Tage Rekrutenschule, beginnend Ende Oktober, so daß Anfang Juli die Rekrutenausbildung beendet sein würde; nach zweimonatigem Urlaub erfolgt die Einziehung zu einer ersten Uebung von 30 Tagen, in den folgenden Jahren sind noch zwei solche Uebungen auf 30 Tage und später noch eine von 15 Tagen vorgesehen, zusammen also 355 Tage. Damit wäre das vorläufige Ziel der militaristischen Hetzer erreicht. Die einjährige Uebungszeit bedeutet für Schweden die Verwirklichung des stehenden Heeres. Das Ministerium zeigt mit dieser Vorlage, daß es das Ministerium des Königs ist und sein will, und daß es kritiklos übernommen hat, was die Militärverwaltung ihm in die Hand drückte.

Eine ebenso große Herausforderung des Volkes bedeutet die Marinevorlage des Ministeriums. Demnach sollen 8 größere Artillerie-Panzerschiffe (Dreadnougths en miniatur), 4 Divisionen Torpedojäger (die Division zu 4 Schiffen) und 2 Divisionen Unterseeboote gebaut werden. Während also in der Landesverteidigungskommission auf die beiden letzteren Marinewaffen das größere Gewicht gelegt wurde, geht das Ministerium der Militärkamarilla dazu über, die „F-Bootflotte" wieder aufleben zu lassen, deren Bau aus Staatsmitteln Herr Staaff vor 2½ Jahren inhibierte. So wird also jede Handbewegung des Königlichen Ministeriums zu einem Schlag ins Gesicht gegen die bisherige Parlamentsmehrheit und die Demokratie, formell gemildert nur durch die Auflösung der Kammer, wodurch die Wähler ihre Auffassung bekunden können.

Um die Wähler etwas milder zu stimmen, hat der König gleichzeitig die Erklärung abgegeben, daß „jeder Wunsch oder jedes Bestreben nach einer persönlichen Königsmacht ihm fremd war, ist und bleiben wird". Und er erklärt weiter, daß es sein fester Entschluß ist, niemals von dem Gebote der Verfassung abzuweichen. Allein, diese Erklärung hat keinen positiven Wert. Sie ist von einer Regierung gegeben worden, die nicht das Vertrauen des Parlaments besaß, sondern als Vollstrecker des Willens des Königs, also der persönlichen Königsmacht ans Ruder gerufen worden ist. Einen Wert hätte diese Erklärung nur gehabt, wenn sie vor einigen Wochen dem Ministerium Staaff gegeben worden wäre. Aber heute hat sie keinen Sinn mehr. Ihr steht vielmehr jene andere Erklärung vor dem Bauernzug entgegen, wonach der König von den Forderungen der Mi-

Die Schatzgräber.

Humoristischer See-Roman.
Von W. W. Jacobs.

(24. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Herr Maneke starrte ihn verwundert an. „Du?" fragte er unfreundlich.

„Ja, ich," erwiderte der andere. „Was kommt's schließlich auf's Aussehen an? Schönheit is nich alles."

Sein Freund blickte verwirrt drein und fuhr dann wütend auf, als die Meinung von Herrn Leverenz' Bemerkung bei ihm zu dämmern begann. Er fing an, sich wie ein von Dieben umlauerter Geizhals vorzukommen.

„Welches Alter meinste, daß du hast, Gottlieb," fragte er nach einer langen Pause.

„Ich bin so alt, wie ich aussehen tu," antwortete Herr Leverenz einfach, „und ich hab' 'n junges Gesicht. Ich wollt' lieber, es wär' jemand anders als Selina; aber man kann eben nich alles haben. Wenn sie mir nich lieber nehmen tät, als den Bengel von Josef, würd' ich mir sehr wundern."

Herr Maneke betrachtete ihn mit unverhohlenem Erstaunen.

„Ich hätt' schon Dutzende von Malen heiraten können, wenn ich gewollt hätt'," sagte Herr Leverenz mit zufriedener Miene.

„Mach bloß keine Dummheiten nich," meinte Herr Maneke unruhig. „Selina kann dir nich ausstehen. Du trinkst zu viel. Denk bloß, sie is dabei und will den Josef veranlassen, daß er Abstinent wird."

Herr Leverenz schob diesen Einwand beiseite. „Ich kann mit ihr fertig werden," entgegnete er mit heiterem Selbstvertrauen. „Ich hab nich diese ganzen Jahre lang für nix und wieder nix Freitchen gezüchtet. Ich werd' mich nich das ganze Geld aus der Nase gehen lassen, ohne daß ich wenigstens einen Versuch gemacht habe."

Er begann seine Werbung ein paar Tage später in einer Weise, die Herrn Maneke fast starr vor Entrüstung machte. Im Angesichte Selinas, die zufällig an der Tür stand, brachte er ihren Vater die Wallstraße entlang, wobei er ihn am Arm hielt und in freundlichem, aber bestimmten Ton von dem ungeheuren Verdienst totaler Abstinenz, und der Torheit, seiner Kinder Geld in Bier zu vertun, auf ihn einredete.

„Ich fand ihn im „Weißen Roß"," sagte er zu der erstaunten Selina; „sie haben da 'ne neue Schenkmamsell, und das arme Mädel war noch keine halbe Stunde nich im Hause, als sie ihm Bier einschenkte, 'nen halben Literpott, denken Sie bloß."

Er schüttelte voll tiefen Bedauerns sein Haupt über den sprachlosen Herrn Maneke, schob ihn zum Hause hinein und folgte ihm auf den Fersen.

„Hören Sie mal, Gottlieb Leverenz, ich hab kein Verlangen nach Ihren Späßen," sagte Fräulein Maneke, wieder zu sich kommend.

„Späße?" wiederholte Herr Leverenz mit beleidigter Miene. „Ich bin Abstinent, und es is meine Pflicht, auf die Brüder zu achten, die auf Abwege geraten."

Er zog seinen Verpflichtungsschein aus seiner Westentasche hervor, glättete ihn auf dem Tische und zeigte mit großem Stolz auf seine Unterschrift. Das Datum des Dokuments hielt er vorsichtig mit seinem kleinen Finger verdeckt.

„Ich hatte gerade die Temperenzhalle verlassen," fuhr der Zelot fort. „Ich bin in zwei Tagen zu drei Versammlungen gewesen; sie hatten von die neue Schenkmamsell erzählt, und ich dachte mir gleich, was Bruder Maneke tun würde, und ich lief weg, gerade in die Mitte von Bruder Wendt seinem Vortrag über seine Erfahrungen — und sehr interessant waren sie noch dazu — damit daß ich ihn rettete. Er machte sich gerade an seinen zweiten Pott und sang zwischendurch, als ich reingestürzt kam und ihn das Bier wegnahm und es auf'n Fußboden goß."

„Ich hab nich gesungen," knurrte Herr Maneke, der versuchte dem Blick seiner Tochter auszuweichen.

„O, mein teurer Freund!" sagte Herr Leverenz, der in sehr knapper Zeit außerordentliche Fortschritte in der Temperenzrhetorik gemacht hatte, „das kommt vons Trinken; es raubt dich dein Gedächtnis."

Fräulein Maneke zitterte vor Wut. „Wie kannst du es wagen, ins Wirtshaus zu gehen, nachdem ich dir gesagt habe, daß du es nicht tun sollst?" fragte sie, mit dem Fuß aufstampfend.

„Wir müssen Geduld haben," meinte Herr Leverenz mild. „Wir müssen den Rückfälligen zeigen, wie viel glücklicher er ohne das sein würde. Ich werde Sie helfen, auf ihn zu passen."

„Wenn ich Ihre Hilfe wünsche, werde ich Sie darum bitten," entgegnete Fräulein Maneke schnippisch. „Wie kommen Sie dazu, Ihre Nase in anderer Leute Sachen zu stecken?"

„Es — es ist meine Pflicht, auf gefallene Brüder zu passen," meinte Herr Leverenz etwas betreten.

„Was meinen Sie bei gefallen?" schnappte Fräulein Maneke, ihm wütend gegenübertretend.

„In ein Wirtshaus gefallen," erläuterte Herr Leverenz hastig; „jederein kann durch diese Schwingtüren fallen; sie sind mit Absicht so gemacht."

„Du bist durch 'ne gute Anzahl zu deiner Zeit gefallen," unterbrach ihn Herr Maneke voll großer Bitterkeit.

„Ich weiß wohl," gab der andere traurig zu, „aber nie nich wieder. O, mein Freund, wenn du bloß wüßtest, wie glücklich ich mich fühlen tu, seitdem ich das Trinken aufgegeben hab! Wenn du bloß wüßtest, was das is, wenn man Respekt vor sich selbst haben kann! Denk mal, wenn du nun auf 'n Podium ständest und von deine Erfahrungen erzählen tätest! Aber ich verzweifle nich, Bruder; ich werde dir haben, ehe ich mit dich fertig bin."

Herr Maneke, unfähig, länger an sich zu halten, stand auf und schritt im Zimmer auf und ab. Herr Leverenz zog mit einem von brüderlicher Liebe getränkten Lächeln ein leeres Formular aus seiner Tasche und flehte ihn, ihn im Vorbeigehen festhaltend, an, dasselbe zu unterschreiben.

„Er wird's schon zur rechten Zeit tun," sagte er laut flüsternd zu Selina, als sich sein Opfer losriß. „Ich werde mal auf 'n Abend reinkucken und mit ihm reden, bis er's unterschreibt."

Fräulein Maneke zauderte, aber die in die Augen fallende, durch die Abstinenz bewirkte Verbesserung im Aeußern des Besuchers bemerkend, ließ sie die kurz ablehnende Antwort ungesprochen. Herr Maneke protestierte heftig.

„Jetzt ist's aber genug," sagte seine Tochter, deren Unschlüssigkeit angesichts der Opposition ihres Vaters schwand; „wenn Gottlieb Leverenz gern kommen will und will versuchen, dir was Gutes zu tun, dann kann er das tun."

Herr Maneke meinte, er wolle nichts mit ihm zu tun haben, blieb aber aus Zwang am folgenden Abend zu Hause, während Herr Leverenz vermittelst farbiger Diagramme, die ihm freudig von seinen neuen Freunden geliehen worden waren, versuchte, ihm die Verwüstungen zu zeigen, die das Trinken im menschlichen Körper anrichtet. Er saß da, wie Fräulein Maneke bemerkte, wie ein Klotz und wurde durch ein Bild von der Verkrümmung der Leber, das er für sehr nett erklärte, zum Leben erweckt.

Am Ende einer Woche waren Herrn Manekes Prinzipien noch immer unerschüttert, und bis dahin hatte Herr Leverenz noch nicht den geringsten Fortschritt in seinen Absichten auf die Gunst Selinas zu verzeichnen. Diese Dame behandelte ihn in der Tat mit nur geringer Höflichkeit und hatte ihn bei zwei Gelegenheiten sitzen lassen, um Herrn Wöbcke zu besuchen. Herrn Manekes unverhohlenes Vergnügen bei solchen Anlässen war schwer zu ertragen.

„Laß nich locker, Gottlieb," sagte er ermutigend, als Herr Leverenz gedrückt und schweigend da saß; „lies mich mal die wunnerschönen Verse an einen Teepott vor, und versuch mal und lies sie, als wenn du nich den ganzen Mund voll Fischköder hättest. Du verschwendest deine Zeit."

litärverwaltung „niemals abweichen“ will. Erst wenn die Wähler gesprochen haben werden, wird der König Gelegenheit finden, die eine oder andere seiner sich wie Feuer und Wasser unterscheidenden Erklärungen in die Tat umzusetzen.

Was die Militärkamarilla glaubt dem Volke zumuten zu dürfen, ist daraus ersichtlich, daß die Regierungserklärung sich über die Kosten der Heeresreform ausschweigt. Dem Volke wird nur aufgetragen, konservative Rüstungshetzer zu wählen, die das Programm der Militärkamarilla verwirklichen; die Kostenrechnung wird erst nachher präsentiert. Aber die schwedischen Wähler werden kaum geneigt sein, sich selbst ihre Metzger zu wählen.

Im Wahlkampfe spielte bis jetzt die Verfassungsfrage die dominierende Rolle. Die konservativen Agitatoren und ihre Presse bemühen sich freilich, die Plattform zu verschieben. Allein es will ihnen nicht gelingen, weil alle einsichtigen Elemente sich darüber klar sind, daß Staaff schon das Höchstmaß dessen in der Landesverteidigung aufbieten wollte, das dem Volke an Zeit und Geld zugemutet werden kann. Interessant ist auch zu beobachten, wie die Rüstungshetzer den Arbeitern die Gefahren einer russischen Invasion plausibel zu machen suchen, um auf diese Weise auch die Arbeiter vor den Karren des Militarismus zu spannen. Danach ist Schweden das wahre Arbeitereldorado an Freiheit und wirtschaftlicher Existenz der Arbeiterklasse gegenüber Rußland, wo nicht nur die politische Freiheit unterbunden ist, sondern wo die Arbeiter in Baracken wohnen und von Kartoffeln und Mehl leben müssen! Als ob das Arbeiterelend in Schweden nur der Erinnerung an entschwundene Zeiten gehörte.

In der liberalen Partei ist eine Reinigung vor sich gegangen, indem der rechtsliberale Kreis um das Stockholmer Blatt „Aftonbladet“ eine neue Organisation zur Propaganda neuer Rüstungen gegründet hat. Diese städtischen Intellektuellen haben auch bisher das Menschenmögliche an Arbeiterfeindlichkeit und Gegnerschaft gegen die Demokratie aufgeboten und ihr Ausscheiden aus der liberalen Partei kann nur von Vorteil, nicht von Schaden für die Sache der Demokratie sein. Für den Ausbau der Wahlen kann das nicht von Bedeutung werden, weil der Einfluß dieser Leute über den Stockholmer Kreis hinaus minimal ist. Die liberalen Wähler sitzen draußen in den Landkreisen, sie bestehen im wesentlichen aus den Mittelschichten des platten Landes und der kleineren und mittleren Städte. Das Element der Alkoholgegner spielt dabei eine bedeutende Rolle und diese Propagandisten des Alkoholverbots sind gerade der liberalen Richtung Staaff ergeben, die ein weitgehendes restriktives Programm in der Alkoholfrage hat.

Von Bedeutung sind übrigens auch die Kommunalwahlen, die in einem großen Teile des Landes in diesem Monat stattfinden, weil diese für die Zusammensetzung der Ersten Kammer entscheiden. Nun wird ja zwar diese Kammer nicht aufgelöst, aber ihre teilweise Erneuerung findet in bestimmten Zwischenperioden statt und jedes Mandat, das die Demokratie hier den Konservativen abknöpfen kann, ist für die Abstimmungen im Reichstage natürlich von großer Bedeutung. Unsere Partei führt diesen Wahlkampf um die kommunalen Mandate der Landsthings, etwa den preußischen Kreistagen gleich, mit großer Energie und es ist zu erwarten, daß auch der Erfolg nicht ausbleiben wird. Um Munition für den gesamten Wahlkampf aufzubringen, hat die Partei Sammlungen eingeleitet und die Parole herausgegeben, einen Tagelohn an den Wahlfonds abzuführen.

Im ganzen Lande herrscht die Kampfesstimmung fort und unsere Genossen gehen mit großen Hoffnungen der Entscheidung entgegen.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 9. März.

Der Wortführer Dimpker eröffnet um 6 Uhr 20 Min. die Sitzung.

Der erste Antrag wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt.

2. Antrag: Revision der Friedhofs- und Begräbnisordnung vom 22. September 1906.

In der Einzelberatung nimmt das Wort

Dr. Kähler; er stellt zu § 8 Abs. 4 einen Antrag, der das Einfallsrecht der Erben ein halbes Jahr lang gewährleistet.

Senator Dr. Vermehren hält eine gesetzliche Festlegung nicht für nötig.

Dr. v. Brocken unterstützt den Antrag, um große Härten zu vermeiden.

Der Antrag wird angenommen.

Barby fragt, ob sich der Preis für die Gräber nicht ermäßigen läßt.

Senator Dr. Vermehren: Der Senat und die Friedhofsbehörde sind der Ansicht, daß sich gerade bei den Gräbern eine Erhöhung rechtfertigt.

Aug. Pape regt ebenfalls eine Aenderung an, die sich mit der Herabsetzung der Verbrennungsgebühr befaßt.

Senator Dr. Vermehren erblickt in dem Papeschen Antrag eine Bevorzugung bei den Einäscherungen. Bei 1500 Mark Einkommen betrage die Beerdigungsgebühr 52 Mark, in diesem Fall also würde sich die Beerdigungsgebühr höher stellen. Aber bei 6000 Mark Einkommen würden die Kosten für Erdbestattung 232 Mark ausmachen, für die Einäscherung nur 222 Mark. Je höher das Einkommen sei, desto größer werde auch der Kostenunterschied zwischen Erd- und Feuerbestattung. Man sollte es deshalb bei den Vorschlägen belassen, die alles gleich behandelten.

Aug. Pape: In der Forcierung der Verbrennungen erwächst auch dem Staat eine gewaltige Ersparnis, dann wird auch das im Krematorium investierte Kapital verzinst. Notwendig ist auch eine Verbilligung der Einäscherung, die hier bedeutend teurer als in Bremen ist.

Dr. v. Brocken befürwortet den Antrag von Aug. Pape und sieht in der Förderung der Feuerbestattung einen Staatsvorteil und einen solchen in sanitärer Beziehung. Denn der Feuerbestattung gehöre die Zukunft.

Senator Dr. Vermehren sieht in der Vorlage nur eine geringe Steigerung, bei einer Abänderung wäre das finanzielle Ergebnis aber bedeutend für den Staat. Es würde durch die beantragte Streichung eine ungeheure Bevorzugung der Feuerbestattung eintreten.

Pastor Evers erblickt in den vorgesehenen Gebühren einen allgemeinen Ausgleich. Die gesamten Ausgaben für das Krematorium betrugen 1912 12 974,45 Mark, die Einnahmen aber nur 8784,35 Mark. Selbst wenn die günstigen Zahlen in Betracht gezogen werden, arbeitet das Krematorium noch mit Unterbilanz. Redner bezeichnet sich nicht als Gegner der Feuerbestattung, bei der er selbst schon mitgewirkt habe, wünscht aber keine Günstigerstellung derselben. Wolle man den ärmeren Volksklassen bei der Feuerbestattung entgegenkommen, könne man ja eine Kostenabstufung vornehmen, aber die Einäscherungsgebühr ganz zu streichen, gehe nicht an.

Dr. Görtz tritt dieser Anrege des Vorredners bei. Doch lasse sich im Augenblick kein genaues Bild ergeben. Man sollte deshalb diesen Punkt einer Kommission überweisen.

Senator Dr. Vermehren sieht den Ausgleich schon in den kleineren Grabgebühren. Ein solcher Ausgleich sei schon gegeben durch das Herabgehen auf die Selbstkosten der Behörde.

Aug. Pape möchte nicht, daß die ganze Verbrennungseinrichtung uns hier verloren gehe, denn das Sterben werde einem hier sowieso schon teuer gemacht. Der hohe Satz treibe Bessersituierte nach anderen Krematorien.

Dr. Görtz stellt den Antrag, bei Einkommen bis zu 5000 Mark 30 Mark und bei über 5000 Mark Einkommen 50 Mark Einäscherungsgebühr zu setzen.

Schulmerich sieht in einer weiteren Kommissionsfassung einen Punkt, dem er nicht zustimmen kann. Die Gebühr nach dem Einkommen festzusetzen, sei der Kommission schwer gefallen, sie habe es nur getan, weil sie durchaus keinen anderen Ausweg gefunden hätte. Wenn ein notorisch reicher Mann 10 000 Mark Einkommen habe, aber im anderen Jahre Verlust aufweise, dann brauche er vielleicht überhaupt im Sterbefall nichts zu zahlen. Man sollte deshalb die Gebühren nach dem Vermögen des Familienoberhauptes bemessen, es wäre gerechter als dasjenige nach dem Einkommen. Jedenfalls könnte man das Vermögen mit in Betracht ziehen, wenn man es nicht ganz heranziehen wolle. Durchführbar sei der Vorschlag der Bürgerschaftskommission nicht, er bedürfe weiter Erwägung. Die Bürgerausschußkommission habe klugerweise den Vorschlag gemacht, innerhalb fünf Jahren eine Revision des Gesetzes vorzunehmen.

Senator Dr. Vermehren erklärt, daß alles wohl berechnet worden sei, im großen ganzen würde das finanzielle Ergebnis nicht viel anders sein. Bei Armenleichen sei die Mindestgebühr auf 30 Mk. festgesetzt, die allerdings durch die Behörde beglichen würde, aber die Armenbehörde könne doch wohl Ersatz beanspruchen. Der Senatsvorlage müsse man schon deswegen folgen, damit Armenleichen nicht mehr kosteten als andere von Wenigerbemittelten.

Barby behauptet, daß bei der Prozentberechnung der Mittelstand wieder am meisten betroffen werde und belegt dies mit folgenden Zahlen: bis 1500 Mk. Einkommen hätten wir im vorigen Jahre 360 Beerdigungen gehabt, bis 2500 Mk. 600, bis 5000 Mk. 75, bis 7100 Mk. 22, über 7100 Mk. 18 und über 10 000 Mk. 10. Während bis heute die geringsten Kosten 42,30 Mk. betrugen, sollen sie jetzt 72 Mk. betragen. Man sollte es beim alten Zustand belassen.

Dr. Benda sieht eine Berechnung nach dem Einkommen als eine Härte an, sie soll nur versuchsweise eingeführt werden. Daß der Mittelstand am meisten getroffen werde, wie der Vorredner glaube, treffe nicht zu.

Senator Dr. Vermehren: Unter 30 Mk. soll überhaupt keine Beerdigung stattfinden. Der Vorschlag der Bürgerschaftskommission sei in sich selbst ein Widerspruch.

Stelling: Herr Barby hat in der Kommission gleichfalls einen Antrag auf Staffelung gestellt und so die Kommissionsvorschläge mit aus der Taufe gehoben; daß er sie jetzt bekämpft, ist doch mehr als eigenartig. Ich gebe zu, daß nicht alles ohne weiteres von der Hand zu weisen ist, was die Gegner des Kommissionsberichts anführen. Dem Kommissionsvorschlag wie dem Senatsantrag stehen manche Bedenken gegenüber, vieles ist noch ungeklärt. Wenn man bei Einkommen unter 1500 Mk. einen Mindestsatz von 30 Mk. festsetzt und bei höheren Einkommen prozentuale Gebühren einführen will, dann ist das nach unserer Auffassung unsozial. Ich kann auch nicht der Auffassung zustimmen, die den Absatz 2 streichen will. Es scheint nur eine Inkonsequenz vorzuliegen, die man jedoch beseitigen kann, indem ein niedrigerer Satz eingestellt wird. Die Kommission hat bei dem Armenbegräbnis den Vorschlag des Senats festgehalten, weil dieser erklärte, daß ein Uebereinkommen mit der Armenbehörde vorliege. Sie sagte sich deshalb, der Satz von 30 Mk. bei Armenbegräbnissen möge bestehen bleiben. Gewiß soll man auf Deckung der Unkosten hinarbeiten, aber es ist auch von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß manches im Friedhofswesen rentabler gestaltet werden kann, z. B. bei der Friedhofsgärtnerei. Trifft das Behauptete zu, dann müssen Aenderungen vorgenommen werden, damit die Unkosten sich erniedrigen. Unter allen Umständen ist es ungerecht, wenn man die geringen Einkommen so stark heranzieht. Bei 700—800 Mk. würden diese nach der Prozentberechnung 14—16 Mark zu zahlen haben, nach dem Senatsantrag aber müssen sie 30 Mk. bezahlen. Eine solche Einteilung kann man doch nicht gerecht nennen. Wohl wird gesagt, die Leute erhielten aus der Krankenkasse etwas. Man vergißt aber, daß viele der alten Leute nicht mehr Mitglieder dieser Kasse sind, weil ihnen die Mittel zum Beitragzahlen fehlen. Diese Leute werden von dem neuen Gesetz sehr hart betroffen. Will man ändern, dann darf dies nicht mit unsozialen Mitteln geschehen. Trotz dieser Bedenken bitte ich Sie, dem Kommissionsantrag zuzustimmen. Ergeben sich Unstimmigkeiten, dann kann das Gesetz nach kurzer Zeit revidiert und so mit den Unstimmigkeiten aufgeräumt werden. Diese sind sowohl in der Kommissionsvorlage als auch in dem Senatsantrag vorhanden.

Dr. v. Brocken sieht den Einwand späterer Revision als Ausrede dafür an, wenn man nicht wisse, was man wolle. Maßgebend soll sein das Einkommen des Verstorbenen. Mittelstand und Beamte in gehobener Stellung würden von dem Gesetz nicht angenehm betroffen. Jetzt hätten die Hinterbliebenen es in der Hand, in welcher Klasse sie die Beerdigung vornehmen lassen wollten, in Zukunft nicht mehr.

Senator Dr. Vermehren: Wir haben uns bemüht, einen besseren Vorschlag zu finden, weil das bisherige System aufgegeben werden mußte. Es wurden viele Tarife ausgearbeitet, um Brauchbares zu schaffen, zugleich mußten wir aber auch auf erhöhte Einnahmen Rücksicht nehmen. Wir haben uns im Prinzip an das Frankfurter System angeschlossen.

Dr. Kähler fragt, was denn eigentlich unter Familienangehörigen zu verstehen sei. Nach der Vorlage würden Verschwägerte nicht einbegriffen sein. Das Einkommen sollte auf die Unterhaltspflicht der Angehörigen ausgedehnt werden. Eine Reihe von Fällen müsse man erst noch klären. Statt Familienangehörige sollte man Unterhaltsberechtigte sagen. Redner stellt einen dahingehenden Antrag, der angenommen wird.

Senator Dr. Vermehren betont, daß durch den Begriff Familienoberhaupt auf die Zusammengehörigkeit hingewiesen werde.

Die vorgesehenen Sätze im § 45 werden in beiderlei Form abgelehnt. Dadurch wird die ganze Vorlage in Frage gestellt. Es folgt eine längere Debatte darüber, um die ganze Vorlage einer Kommission zu überweisen.

Dr. Benda stellt den Antrag, eine neue Kommissionsberatung stattfinden zu lassen. Der Paragraph enthalte das Grundsätzliche des ganzen Gesetzes, ohne diesen Paragraphen könne es nicht verabschiedet werden.

Pastor Becker tritt dafür ein, daß eine neue Kommission gewählt werde. Die möge etwas Besseres heraussuchen, als es der alten möglich gewesen sei.

Dr. Görtz sieht nicht ein, warum das ganze Gesetz neu geprüft werden soll. Unser Budget würde sonst um 18 000 Mark weiter belastet, die gerade aus diesem Gesetz erwartet wurden.

Vom Senatstisch wird bestritten, daß das Gesetz ohne diesen Paragraphen in Kraft treten könne. In der heutigen Beratung seien positive Vorschläge zum Bessern nicht gemacht worden.

Pastor Evers unterstützt diese Anschauung.

Der Senat erklärt, daß er einem teilweisen Beschluß nicht zustimmen werde. Daraufhin zieht Dr. Görtz seinen Antrag zurück.

Dr. Meyer-Lührßen befürwortet die Einsetzung einer neuen Kommission, die gewiß schnell arbeiten werde, um keinen großen Ausfall entstehen zu lassen.

Kommissionsberatung wird hierauf beschlossen.

In diese Kommission wurden gewählt: Aug. Pape, Dr. v. Brocken, Löwigt, Dr. Kähler, W. Peckelhoff. Ersatzmänner: Böger, Johs. Reimpell.

3. Antrag: Ordnung der Schulverhältnisse im Eingemeindungsgebiet.

Schulmerich regt eine redaktionelle Aenderung an.

Dr. Schlomer: Die Kommission hat es abgelehnt, das Schulgeld auf 75 Prozent herabzusetzen. Ich bitte, dem Kommissionsbericht nicht zu folgen und in den 6—8stufigen

---

„Ich will nix nich vor dein Geschwätz hören,“ versetzte sein enttäuschter Freund. „Wenn du nich vernünftig bist, werd' ich Selina von dein Suchen hinter ihre Papiere her erzählen.“

Das Lächeln verschwand aus Herrn Manekes Gesicht. „Mach keinen Unsinn, Gottlieb,“ sagte er unruhig.

„Na, denn versuch du nich und halt mir zum Narren,“ meinte Herr Leverenz wütend. „Abstinent werden is schlimm genug, auch ohne deine Sticheleien.“

„Das sollten ja keine Sticheleien sein,“ entgegnete der andere besänftigend. „Aber wenn du das von mich klatschen tust, weiße, denn wird Selina dein Spiel durchschauen.“

„Ich hab' die ganze Geschichte bald dick,“ sprach Herr Leverenz verzweifelt. „Ich hab kein Glas Bier nich außerhalb von mein eigen Haus für nahezu vierzehn Tage gehabt. Ich werd' Selina morgen abend fragen und Schluß machen.“

„Sie fragen?“ erwiderte der verwunderte Herr Maneke. „Was sie fragen?“

„Sie fragen?“ ob sie mir heiraten will,“ sagte der andere brummig.

Herr Maneke redete ganz bestürzt auf ihn ein, aber vergebens, das äußerste Zugeständnis, das er dem fest entschlossenen Herrn Leverenz abringen konnte, war das Versprechen, ihm einen Wink zu geben, damit er der Sache aus dem Wege gehen könne.

„Das werd' ich schon um meinetwillen tun,“ meinte der offenherzig. „Ich werd' da besser allein mit fertig und wenn deine Alte zu Hause is, denn nimm sie auch mit raus. Bitt' sie, daß sie einen Spaziergang mit dich macht; das wird Selina gar zeigen. Ich weiß nich, was das Mädel verlangt. Ich dachte, Abstinent werden und dich 'n gutes Beispiel geben, würde den Kram' machen, wenn's überhaupt möglich wär'.“

Frau Manekes gewaltiges Erstaunen am nächsten Abend, als ihr Gatte sie zu einem Spaziergang aufforderte, reizte diesen Herrn fast über seine Kraft. Nachdem sie endlich die Ueberzeugung erlangt hatte, daß er keinen Scherz machte, ging sie nach oben und setzte ihren Hut auf, und stand dann da und wartete auf den unwilligen Herrn Maneke mit einer Miene jahrelangen Mißtrauens.

„Jetzt kommt gleich,“ sagte Selina, als ihre Eltern sich zur Tür wandten. „Ich erwart' ihn jede Minute.“

„Ich werd' hierbleiben und auf ihn warten,“ bemerkte Herr Leverenz. „Ich hab' da was ganz besonderes mit ihn zu reden.“

Herr Maneke warf ihm beim Hinausgehen einen warnenden Blick zu und zitterte, als er seine entschlossene Miene sah. In einem Zustande größter Aufregung ergriff er seine Frau beim Ellbogen und schleppte sie hinaus.

Es war ein kalter Abend, und ein scharfer Ostwind hatte fast jeden ins Haus getrieben. Herrn Maneke frösselte, und mächtig ausschreitend, murmelte er zu seiner erstaunten Frau etwas von „einem tüchtigen Marsch ins Freie“. Sie verließen die Straßen und stürzten sich in dunkle Feldwege, bis sie, nachdem nach Herrn Manekes Meinung genügend Zeit verflossen war, daß das Schlimmste vorbei sein konnte, umkehrten und den Rückweg zur Stadt antraten.

„Da is jemand vor unserm Haus,“ sagte Frau Maneke, die sich während der ganzen Zeit in einem Zustande des Staunens und Unbehagens befunden hatte.

Herr Maneke näherte sich vorsichtig. Zwei Personen standen auf dem Tritt in der Haltung von Horchern, während eine dritte sich eifrig abmühte, neben dem Rouleau hindurchzugucken. Von innen erscholl der Klang heftig streitender Stimmen, wobei die Selinas leicht zu unterscheiden war.

„Was — was is denn hier los?“ fragte Herr Maneke mit bebender Stimme, als er seiner Frau ins Haus gefolgt war und die Tür hinter sich geschlossen hatte.

Er blickte von Selina, die vor Herrn Wöbke in der Art einer kleinen Henne stand, die ein großes Kücken verteidigt, auf Herrn Leverenz, der sie überragte und ihn zu fassen versuchte.

„Was is hier los?“ wiederholte er, wobei er sich bemühte, recht prahlerisch zu sprechen.

Die Streitenden redeten alle auf einmal. Herr Leverenz mit einer Miene scherzhaften Zornes, Fräulein Maneke mit einer Stimme, die vor Wut zitterte, und Herr Wöbke, wie ein bekümmerter Mann redet. Trotz dieses Durcheinanders erfaßt Herr Maneke bald, daß es ein Fall von „zwei ist Gesellschaft, aber drei nicht“ war, und daß Herr Leverenz, nachdem er sich den Winken, sich zu entfernen, gegenüber, die allmählich an Deutlichkeit zugenommen hatten, plötzlich taub gestellt hatte, plötzlich eigensinnig geworden war und Herrn Wöbke eine „schimmelige Visage“, ein „glasäugiges Karnickel“ und verschiedene andere obskure und widersinnige Dinge genannt hatte. Nicht zufrieden damit, hatte er ohne jede Warnung Fräulein Maneke geküßt, und als Herr Wöbke, dem Befehle dieser rasenden Dame gehorchend, versuchte, ihm die Tür zu zeigen, hatte er diesem Herrn das drollige Angebot gemacht, ihm die Wand zu zeigen, und ihn gepackt und ihn dagegen gebumst, bis sie beide erschöpft waren.

„Jeder hätt' meinen können, ich tät' ihn weh, nach den Spektakel, den er macht,“ sagte der unbußfertige Herr Leverenz.

„Ich — ich muß mir über dir wundern, Gottlieb,“ meinte Herr Maneke nervös.

„Schmeiß ihn 'raus,“ schrie Selina, mit dem Fuß aufstampfend.

„Du sollten lieber nach Haus gehen, Gottlieb,“ sagte Herr Maneke mit einem überredenden Blick.

(Fortsetzung folgt.)

Schulen nur 75 Prozent zu erheben. Ganz stimmt das nicht, was Herr Schulmerich andeutete, daß in diesen Schulen im Rechnen dasselbe geleistet wird. Ich bezweifle es auch in den andern Fächern. Die Forderung wurde abgelehnt, weil der Senat sagte, über kurz oder lang würde doch die 8stufige Schule eingeführt. Ich zweifle daran, ob dies der Senat in Bälde tun wird. In Travemünde soll kein neues Schulgebäude errichtet werden, das ist doch ein Zeichen, daß es der Senat nicht sehr eilig damit hat, die Schulverhältnisse so zu verbessern, wie wir dies erhofften. Der Senat soll angespornt werden, so schnell wie möglich die 8stufige Schule einzuführen, das geschieht dadurch am besten, daß für 6—8stufige Schulen nur 75 Prozent, für 6stufige nur 50 Prozent vom Schulgeld erhoben werden. (Zustimmung bei den Soz.)

Bade (Schlutup) legt nicht so viel Wert auf weniger Schulgeld als auf alsbaldigen Ausbau zur 8stufigen Volksschule. Die Oberschulbehörde sollte diesen sobald als möglich vornehmen. Nur in dieser Voraussicht trete er für die Senatsvorlage ein.

Der Antrag von Dr. Schlomer erübrigt sich durch Annahme der Kommissionsvorschläge.

Nach einem Antrag Scharffs, der angenommen wird, gelangt die Gesamtvorlage des Senats zur Annahme.

4. Antrag: Erhöhung der Stellenzulagen für die Bezirksschullehrer der größeren Bezirksschulen.

Lange tritt dafür ein, daß bei der Pensionierung der jetzt im Dienst befindlichen Bezirksschullehrer die Stellenzulage auf die Pension resp. das Witwengehalt angerechnet wird.

Schulmerich fürchtet durch Annahme des Antrages eine Ablehnung durch den Senat, wodurch den Bezirksschullehrern gar nichts geboten werde. Lange werde dieses Provisorium doch nicht bestehen bleiben.

Senator Kulenkamp betont, daß eine Stellenzulage begrifflich nicht pensionsfähig sei; es würde zu unabsehbaren Konsequenzen führen.

Henck (Bültwisch) weist auf die Abschließung des Hochofenwerks hin, das den Kaufleuten und Gewerbetreibenden den Zutritt verwehre. Die Lieferanten könnten gar nicht an die Abnehmer herankommen. Dabei sei der Vorsitzende des Aufsichtsrats ein Herr aus unserer eigenen Regierung. Die Gewerbetreibenden in Kücknitz würden auf diese Art vertrieben, und auf diese Art könne Kücknitz nicht weiter kommen. Für das Hochofenwerk müsse offene Tür herrschen, wenn Kücknitz gewinnen wolle.

Thiele betont, daß dieses eigenartige Vorgehen nichts Neues sei, er habe diese Beschwerden schon früher vorgebracht.

Albers unterstreicht Henks Ausführungen. Die Gegensätze zwischen der Direktion des Hochofenwerks und den hiesigen Kaufleuten seien schärfer geworden. Er werde bei Gelegenheit darauf zurückkommen.

Kliefoth: Man muß sich für 20 Mark einen Passierschein kaufen, dann hat man Zutritt. Vor einigen Jahren hat Senator Posschl etwas Erleichterung geschafft, heute ist es wieder schärfer geworden. Ein Bäcker müsse bis zu 15 Proz. an den Werkskonsumverein bezahlen, um Zutritt zu haben. Das Vorgehen des Werks sei ein Skandal.

Senator Dr. Fehling kann nicht ohne weiteres auf diese Frage eingehen, weder in eigener Person, noch im Namen des Senats, von dem er keinen Auftrag habe.

Dr. Schlomer: Wir können das Vorgetragene nur bestätigen, es ist auch von unserer Seite schon angeführt worden. Die jetzige Entrüstung könnte uns mit einer gewissen Schadenfreude erfüllen, denn es ist das Ergebnis von dem, was die Herren selbst gewollt haben. Wir haben seinerzeit dagegen gesprochen, für das Hochofenwerk eine besondere Kolonie zu errichten, aber die Bürgerschaft und der Senat hielten es für wünschenswert. Wie wollen Sie diese Zustände ändern, solange das Hochofenwerk eine eigene Kolonie bildet? Solange es sich nur um Arbeiter handelte, haben Sie geschwiegen, jetzt, wo der Mittelstand Schaden empfindet, ist die Erregung groß. Wenn Sie einen Willen zeigen, wird eine Aenderung eintreten. Sorgen Sie aber vor allem dafür, daß die Arbeiter des Hochofenwerks frei wohnen können.

Lange ändert seinen Antrag in ein Ersuchen um, inwieweit die Stellenzulage der Bezirksschullehrer pensionsfähig gemacht werden kann.

Die Senatsvorlage und der Antrag Lange werden endgültig angenommen.

Schluß 9 Uhr 10 Min.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten".

Berlin, den 9. März 1914.

231. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Solf.

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Frommer (K.) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Neumann-Hofer (Vp.) beantragt Beweiserhebung.

Schmidt-Meißen (SD.) Wir werden diesem Antrag zustimmen. Die Wahl bietet das typische Bild aller Wahlen in Ostelbien, die eigentlich alle genau nachgeprüft werden müssen, um dort bessere Wahlsitten einzuführen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist durchaus möglich, daß nach den Beweiserhebungen der Abg. Frommer seine jetzige Mehrheit verliert.

Der Antrag der Volkspartei wird gegen ihre Stimmen und die der Sozialdemokraten abgelehnt und die Wahl für gültig erklärt.

Für gültig erklärt werden weiter die Wahlen der Abgg. Dr. v. Heydebrand (K.), Mertin (Rp.), Rother (K.).

Beweiserhebungen werden beschlossen über die Wahlen der Abg. v. Winterfeldt (K.) und Glowatzki (Pole).

Der Etat des Kolonialamts.

(2. Tag.)

v. Böhlendorff-Kölpin (K.): Wir haben uns stets für eine starke Kolonialpolitik eingesetzt, um dort die Rohprodukte für unsere Industrie gewinnen zu können. Der Arbeitermangel wird nicht etwa durch schlechte Behandlung der Eingeborenen veranlaßt, sondern einmal durch die Wegelosigkeit, die ja jetzt durch den Ausbau der Landstraßen beseitigt wird, und zweitens durch den Hang zur Faulheit beim Neger. Hier muß die Erziehung zur Arbeit das meiste tun. Die neue Arbeiterverordnung der Verwaltung stellt u. a. auch ganz sicher, daß ein Arbeitszwang nicht ausgeübt werden darf. Sie gewährt den Arbeitern Rechtsschutz und sorgt für sanitäre Einrichtungen. Der Ansicht, daß die Haussklaverei bis 1930 unter allen Umständen abgeschafft sein muß, können wir uns nicht anschließen. Die segensreiche Tätigkeit der Missionen erkennen wir gern an; die verschiedenen Konfessionen sollten eine räumliche Trennung vornehmen, um die Eingeborenen nicht durch ihre Streitigkeiten zu verwirren. Um die Kolonien zu heben, müssen wir mit dem Ausbau des Wegenetzes, der Eisenbahnen und der Wasserstraßen fortfahren. (Bravo! rechts.)

v. Morawski (Pole) tritt für sofortige Abschaffung der Haussklaverei ein.

Staatssekretär Dr. Solf: Wir müssen die Tropen- und die Siedlungskolonien unterscheiden. Zu diesen gehört Südwestafrika und evtl. noch Samoa. Aber auch den tropischen Kolonien möchte ich nicht jede Besiedlungsfähigkeit absprechen. Die Hochplateaus sind besiedlungsfähig. Allein in all diesen Hochplateaus in Kamerun und Ostafrika müßte erst Wasser erschlossen werden, und dann müßten die Interessen der dort wohnenden Eingeborenen abgewogen werden gegen die Interessen der Ansiedler. Vor allem müssen die Plateaus an die Verkehrswege des Weltverkehrs angeschlossen sein. Erst nach Erfüllung dieser Bedingungen könnte ich den Ansiedlern sagen: kommt herein, der Tisch ist gedeckt. Herrn Dr. Arendt möchte ich bemerken, daß Deutschland noch keinen solchen Ueberfluß an Einwohnern hat, daß wir auf die Auswanderung nach den Kolonien angewiesen wären. (Zust. b. d. Soz.) In Deutsch-Südwestafrika hat sich die Farmwirtschaft allmählich glücklich entwickelt. Ihre Zukunft aber hängt von der Wassererschließung ab. Das können die Farmer aus sich heraus nicht leisten, und die Landwirtschaftsbank hat deshalb bereits begonnen, sie mit den bewilligten Reichsmitteln zu unterstützen. — Deutsch-Ostafrika habe ich jetzt nach 15 Jahren wiedergesehen, und war freudig über die Entwicklung überrascht. Der Ausbau des Bahnnetzes ist dort die Hauptsache, die auch zur Hebung der Eingeborenenkulturen beitragen wird. Kamerun habe ich zum ersten Mal gesehen und bin überzeugt, daß es eine der besten Kolonien werden wird. Seine Zukunft spiegelt sich ab in der benachbarten englischen Kolonie Nigeria. Für die Kultur der Oelpalme, von deren Produkten Nigeria für 86 Millionen ausgeführt, ist Kamerun noch geeigneter. Es wird sich schnell entwickeln, wenn wir uns entschließen, die Nord-Südbahn zu bauen. In Kamerun sagt man: Unser Land ist so fruchtbar, wenn man einen Spazierstock in die Erde steckt, wächst eine Palme heraus. (Hitkt.) Das ist bezeichnend für den Optimismus der Einwohner. Pessimisten sollten auch nicht in die Kolonien gehen. Ich komme jetzt zu dem Musterländle Togo. (Hitkt.) Es wird schnell zum Musterland werden, wenn wir die Bahn bauen. (Zuruf b. d. Soz.) Sie werden auch noch mal für Bahnbauten zu haben sein. Das wichtigste ist die Ancho-Bahn. Ueberhaupt müssen wir die Schutzgebiete weiter mit Bahnen erschließen, natürlich vorsichtig nach ihren Finanzkräften. Auch Pausen müssen eintreten, wie z. B. wenn uns die Ruanda-Bahn in Ostafrika bewilligt ist. Die beste Politik ist, an eine große Verkehrsader alle anderen Bahnen anzuschließen, z. B. in Ostafrika an das prachtvolle Kulturwerk der Tanganjika-Bahn. In Kamerun muß sich die Forstverwaltung darauf beschränken, die Forsten zu erhalten. An die Ausbeutung dieser reichen Bestände zu gehen, wird Zeit sein, wenn das Holz hier so teuer wird, daß die Kolonien damit konkurrieren können. Die Handelsbeziehungen unserer Gesamtkolonien zu Deutschland haben sich in einem Maße gesteigert, wie sonst in keinem Lande der Welt. (Hört, hört!) Deutschland ist mit etwa 80 % an dem Handel der Kolonien beteiligt. An einen Verkauf unserer Kolonien denken wir unter diesen Umständen nicht; von mir sind sie nicht zu haben. (Hitkt.) Den Eingeborenenkulturen stehe ich durchaus sympathisch gegenüber und suche sie zu heben. Aber darum brauchen wir im Plantagenbau Europäer; die deutsche Landwirtschaft muß der Lehrmeister der tropischen sein. Deshalb kann ich die Resolution der Sozialdemokraten, die den Plantagenbau überhaupt verbieten will, nicht annehmen; eher kann ich mich mit der Resolution der bürgerlichen Parteien abfinden, Plantagenbau nur soweit zuzulassen, als die Eingeborenenkulturen dadurch nicht geschädigt werden. — In bezug auf die Arbeiterfrage schreiben nicht die „Sozialistischen Monatshefte", sondern der ganz unverdächtige „Vorwärts", in unseren ostafrikanischen Kolonien seien die Bestimmungen über die Anwerbung der Arbeiter keineswegs inhuman; die neue Arbeiterordnung wird formell eine gute Verordnung genannt. (Zurufe b. d. Soz.: Sehr richtig! — Aber die Anwendung!) Die Regierung ist bemüht, die Gesetze durchzuführen; daß es damit in einem Lande, das zweieinhalbmal so groß ist wie Deutschland, zuweilen hapert, weil es an Beamten fehlt, werden Sie zugeben. Jedenfalls sucht die Regierung den wirtschaftlich Schwachen zu helfen. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden festgesetzt, für Unterkunftsräume wird gesorgt. Heilgehilfen müssen vorhanden sein. Daß Arbeitszwang besteht, leugne ich. Die Gouverneure sind angewiesen, jeden solchen Zwang, wo er in einer Arbeitsordnung bestehen sollte, aufzuheben. Ich will nichts vertuscheln, und so will ich zugeben, daß mir zu Ohren gekommen ist, daß in Dar-es-Salam eine Art Arbeitszwang doch besteht. Das wird untersucht werden und muß verschwinden. Ganz ohne moralischen Zwang geht es natürlich bei den Negern nicht ab. Aber auch in den Kolonien soll niemand etwa gezwungen werden, am Eisenbahnbau mitzuarbeiten. In Ostafrika ist das Arbeiterverhältnis besser als in Kamerun. Aber daran ist nicht die Plantagenarbeit schuld. Oft ist das Los der Träger trauriger, als das Los der Plantagenarbeiter. Sie dürfen die Beschwerden aus Afrika, die bei 40 Grad Reaumur geschrieben sind, nicht zu ernst nehmen. (Abg. Ledebour [SD.]: Die Verwaltungsberichte werden auch bei 40 Grad Reaumur geschrieben!) Nein! Nein! (Heiterkeit.) Man muß auch berücksichtigen, daß in Kamerun Kaufleute und Pflanzer in scharfem Gegensatz stehen. Besonders erfreut war ich über die Eingeborenenfürsorge, die Ordnung und Sauberkeit auf den Tabakpflanzungen in Nord-Kamerun. Das Trägerunwesen habe ich an Ort und Stelle auf das schärfste verurteilt. Hier sind die Zustände tatsächlich so, wie sie der Abg. Dittmann geschildert hat. Aber das Entvölkerungsproblem hat ganz andere Ursachen. Nachgewiesen ist übrigens eine Bevölkerungsabnahme noch nirgends. Die Gouverneure sollen prüfen, ob nicht Unsitten und Laster unter dem Eingeborenen selbst schuld an der sogenannten Entvölkerung sind. Was die Haussklaverei anlangt, so differieren wir bei ihrer Beseitigung nur in der Frage des Tempos. Tatsache ist, daß die Hausklaven nicht mehr schlecht behandelt werden. Damit will ich durchaus nicht für die Haussklaverei sprechen. Aber wie harmlos sie dort aufgefaßt wird, dafür ein Beispiel: als ein Ascari seine Freilassung erfuhr, sagte er: Für so schlecht hätte ich meinen Herrn nicht gehalten! (Heiterkeit.) In Sansibar stieg die Kriminalität nach der Sklavenemanzipation. Vielfach verstanden die Schwarzen von ihrer Freilassung keinen rechten Gebrauch zu machen. Sie vagabundierten umher, viele freigelassene Mädchen wurden zu Prostituierten. Als dann die Freilassung nur unter der Bedingung erfolgte, daß der Freigelassene ein neues Arbeitsverhältnis nachsucht, sank die Kriminalität. Daß der Jesuitenstaat Paraguai ein sozialdemokratischer Staat gewesen sei, muß ich bestreiten. Die oberste Gewalt lag in den Händen der Patres. Das ist von dem Ideal des sozialdemokratischen Zukunftsstaates wohl weit entfernt. (Heiterk.) Die Missionstätigkeit erkennen wir gern und dankbar an. (Bravo! im Zentrum.) Kolonisieren ist missionieren, missionieren im Sinne der Erziehung der Eingeborenen zur höheren Kultur. Der Anregung, den Elementarunterricht ganz in die Hände der Mission zu legen, stehe ich sympathisch gegenüber, nur nicht für Ostafrika, wo wir mit dem Islam rechnen müssen. Den Alkoholgenuß der Eingeborenen bekämpfen wir nach wie vor. Ich bitte Sie, die Debatte über die Eingeborenenfrage für unsere Landsleute in den Kolonien etwas versöhnlicher ausklingen zu lassen. (Bravo! rechts.) Die Kritik war gewiß teilweise berechtigt, aber die Kolonialverwaltung hat doch nicht nur für die Eingeborenen zu sorgen, sondern auch für unsere Landsleute. (Lebh. Beifall.)

Henke (SD.): Bei diesen Ausführungen fiel mir das Wort ein: „Wenn man's so hört, möcht's leidlich erscheinen." Der Staatssekretär versteht es, Oel auf die erregten Wogen zu gießen. Er sprach davon, daß die Interessen der Eingeborenen und die der Weißen gegen einander abgewogen werden müßten. In der Praxis heißt das: Die Interessen der Weißen werden vorangestellt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär forderte dann Vertrauen. Wir können dieses Vertrauen nicht gewähren, so lange unsere Wünsche in bezug auf die Kolonien nicht erfüllt sind. Wenn wir die kapitalistische Kolonialpolitik auch prinzipiell ablehnen, so erstreben wir doch unbeschadet dieses Standpunktes das Beste sowohl für die Kolonien wie für die Eingeborenen. Bei der Siedlungspolitik hat der Staatssekretär den springenden Punkt nicht berührt, daß nämlich für kleine Leute in unseren Kolonien keine Ansiedlungsmöglichkeit besteht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ansiedeln kann sich höchstens, wer 20 bis 25 000 Mk. Kapital besitzt. Mit der ihnen gewährten Selbstverwaltung sind die Farmer durchaus nicht zufrieden. Der Gesundheitszustand in unseren Kolonien ist überaus schlecht. Die Eingeborenen, die aus ihrer zufriedenen Lebenslage durch den Kapitalismus herausgerissen sind, gehen massenhaft zugrunde. Beim Bahnbau ist der Staatssekretär nur der Testamentsvollstrecker des Herrn Dernburg, der als kluger Geschäftsmann die Notwendigkeit von Bahnen voraussah, wenn man das Kapital für die Kolonien interessieren wolle. Die interessierten Banken drängen natürlich zu immer neuen Bahnbauten. Daß die Trägerarbeit in den Trägerkarawanen dadurch überflüssig wird, ist ja richtig; aber auch diese für die Eingeborenen so mörderische Arbeit ist eine Folge des Kapitalismus, der den Eingeborenen nicht Glück, Freude und Gesundheit, sondern Unglück, Krankheit und Vernichtung gebracht hat. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Staatssekretär weiß, daß man hier gern etwas Gutes über die Kolonien hören will, und deshalb sagt er, wenn das Holz bei uns noch knapper wird, dann werden wir dort anfangen zu holzen (Heiterkeit), und dann werden die Kolonien sich bezahlt machen. Die Transportkosten werden immer so hoch sein, daß davon keine Rede ist. Bei seinem Zitat aus dem „Vorwärts" hätte der Staatssekretär nur noch einen weiteren Satz hinzufügen sollen, daß nämlich alle diese schönen Bestimmungen nur auf dem Papier stehen. (Hört, hört! bei den Soz.) Aber zum Lesen dieses Satzes taugte die Brille des Staatssekretärs nicht mehr. (Heiterkeit.) Arbeitszwang besteht trotz der gegenteiligen Versicherung des Staatsekretärs. An seinem guten Willen zweifeln wir nicht, aber damit können die Eingeborenen nichts anfangen. Die Haussklaverei will er erst 1930 abschaffen. Daß die Denkschrift des Gouverneurs Dr. Schlee ein Loblied auf die Haussklaverei ist, ist gar nicht zu bestreiten. Bei der heutigen kapitalistischen Entwicklung in Ostafrika ist auch die Haussklaverei für die Schwarzen schlimmer, als sie früher gewesen sein mag. Der Staatssekretär predigte für die Kolonien das ora et labora (bete und arbeite), aber den Hauptnachdruck legte er auf das Arbeiten. Er hält es mit dem Dichter: Bete und arbeit, ruft die Welt, bete kurz, denn Zeit ist Geld. (Heiterkeit.) Auch den Herren vom Zentrum ist das Beten schnuppe, wenn es nicht mit Profit verbunden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Herr Erzberger bestritt, daß wir ein Kolonialprogramm haben. In der Tat haben wir eins seit 30 Jahren. Wir wollen auch in den Kolonien Sozialpolitik, wir wollen Musterschulen, wir wollen schnellere Schulen als Eisenbahnen bauen, wir wollen mehr Aerzte, mehr Arbeiterkommissare. Wir wollen alle mögliche Förderung der Eingeborenenkulturen. Ein völliges Verbot der Plantagen haben wir nicht gefordert, nur neue Plantagen sollen nicht angelegt werden. Daß der Plantagenbau mit den Greueln gegen die Eingeborenen unlösbar verknüpft ist, ist durch die Geschichte und durch zahlreiche Zeugnisse bewiesen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Entwicklung unserer Kolonien ist in mehr als einer Beziehung sehr bedenklich. Vor allem wird das Schulwesen nicht so schnell ausgebaut, wie es sein sollte, dagegen nimmt die Besteuerung und Ausbeutung der Eingeborenen in einer Weise zu, daß eine Aufstandsgefahr außerordentlich stark ist. Wir sitzen in den Kolonien geradezu auf einem Pulverfaß. Gegen alle diese Uebelstände werden wir uns nach wie vor wenden. Wir sind nicht dazu berufen, die schönen Seiten der Kolonialpolitik zu zeigen, sondern um Kritik zu üben. Aus den bürgerlichen Parteien aber wird der Wunsch nach immer mehr Kolonien laut. Damit würde die Konfliktsgefahr mit anderen Völkern zunehmen und so sind wir auch als Friedensfreunde Gegner der Kolonialpolitik und werden sie nach wie vor aufs schärfste bekämpfen, getreu unserem Grundsatze, daß wir gegen jede Unterdrückung des Menschen sind, gleichgültig, welcher Farbe, welcher Rasse, welcher Nationalität! (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Dittmann (SD., persönlich) bestreitet, Paraguai als einen Musterstaat sozialdemokratischer Wirtschaft hingestellt zu haben.

Nächste Sitzung: Dienstag 2 Uhr. (Kurze Anfragen, Weiterberatung.)

Schluß 6¾ Uhr.

Aus der Partei.

Ergebnisse der roten Woche. In Elberfeld-Barmen wurden am Sonntage, dem ersten Tage der roten Woche, 677 neue Parteimitglieder gewonnen und zwar 566 männliche und 111 weibliche. Die Mitgliederagitation wird fortgesetzt. Der nächste Sonntag ist der Gewinnung neuer Leser für die Parteipresse gewidmet. Im Wahlkreise Hagen-Schwelm wurden am Sonntag 638 neue Mitglieder gewonnen und zwar 600 männliche und 38 weibliche. Da noch die Resultate mehrerer wichtiger Orte fehlen und die Agitation noch an zwei Sonntagen fortgesetzt wird, ist für den Wahlkreis Hagen-Schwelm mit dem Gewinn von ca. 1000 neuen Mitgliedern zu rechnen. In Niederschlesien hatte der erste Tag der roten Woche folgendes Ergebnis: Guben 188 Abonnenten, 160 Mitglieder; Fürstenberg 25 Abonnenten, 50 Mitglieder; Lübben 18 Abonnenten, 32 Mitglieder; Spremberg 16 Abonnenten, 44 Mitglieder und Kottbus 137 Abonnenten, 105 Mitglieder.

Kapitalistische Geschäftsmoral. Am Freitag wurde der verantwortliche Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" in Essen wegen Beleidigung des Fabrikbesitzers Dr. Goldschmidt in Essen zu 40 Mk. Geldstrafe verurteilt. Durch Ablehnung der Beweisanträge wurde die Aufrollung der äußerst interessanten Vorgeschichte des Prozesses verhindert; voraussichtlich wird dies aber noch in der Berufungsverhandlung nachgeholt. Die Firma Goldschmidt, Inhaberin des bekannten Termit-Schmelzverfahrens, hatte die Berliner Detektivfirma Wannowski beauftragt, ein Fabrikgeheimnis auszukundschaften, das dem Stahlwerk Wengern a. d. Ruhr patentiert war. Der Detektiv Hinderhofer quartierte sich als „Stein- und Erzsammler" an der Ruhr ein und bewog einen Arbeiter des Stahlwerks zum Diebstahl von Rezept- und Metallproben des Verfahrens, die dann in den Besitz der Firma Goldschmidt übergingen. Auf die Strafanzeige des Stahlwerks wurde der Arbeiter, der für seinen Liebesdienst 40 Mk. Belohnung bekommen hatte, zu einem Tage Gefängnis ver-

urteilt, der Detektiv wurde freigesprochen. — Die Essener „Arbeiter-Zeitung" hatte diesen Fall gebührend kritisiert und soll sich dadurch der Beleidigung Goldschmidts schuldig gemacht haben.

Eine bankrotte Sozialistenhetze. Den glühenden Haß der Berliner Bäckermeister hatte sich der Genosse Hetzschold beim letzten großen Bäckerstreik in Berlin zugezogen. Dieser Haß kam besonders in einer gegen Hetzschold und die Verbandsleitung angestrengten Schadensersatzklage zum Ausdruck, die aber für die Bäckermeister nur einen Pyrrhussieg brachte. Als dann Gen. Hetzschold in das Berliner Stadtverordnetenkollegium gewählt worden war, glaubten die Bäckermeister, von neuem einen Schlag gegen ihn führen zu können. Sie wollten ihn wieder vom Rathaus verdrängen, und sie beantragten daher beim Gericht die Eröffnung des Konkurses über sein Vermögen, das nicht vorhanden war. 20 der Herren Bäckermeister hinterlegten die vom Gericht geforderte Sicherheit von 420 Mk., doch der Konkursverwalter und der Gerichtsvorsitzende durchschauten die Sache und kennzeichneten den Konkurs als einen solchen, der von politischen Motiven getragen sei. Der Richter erklärte kurzerhand den Konkurs für aufgehoben und wies jeden Versuch des Innungsanwalts Loewe, das Konkursverfahren noch weiter zu verschleppen, entschieden zurück. Der Konkursverwalter berichtete noch, daß von der hinterlegten Sicherheitssumme aus der Konkursverwaltung noch 117 Mk. übrig geblieben seien, die vom Rechtsanwalt Roth im Auftrage des Bäckerverbandes, dem der Antragsteller Lude noch 186 Mk. schulde, gepfändet worden seien.

Soziales.

Neue Differenzen zwischen Aerzten und Krankenkassen. Im Reichsamt des Innern wird in den nächsten Tagen abermals eine Konferenz zwischen Aerzten und Vertretern der Krankenkassen stattfinden und zwar deshalb, weil ein großer Teil der Kassen sich weigert, zu den Entschädigungen beizutragen, die den aus ihrem Vertrag wieder entlassenen Aerzten zu bezahlen sind. Der Leipziger Aerzteverband droht bereits, zu den schärfsten Mitteln zu greifen, wenn die Kassen nicht gezwungen werden, die geforderten Mittel aufzubringen.

Die Urteilsbegründung in der Klage der „Volksfürsorge" gegen die sogenannte gemeinnützige Deutsche Volksversicherung wird von der bürgerlichen Presse veröffentlicht. Es handelte sich bekanntlich um eine Klage auf Unterlassung der Behauptung, daß die Mittel der „Volksfürsorge" für sozialdemokratische Zwecke verwendet würden. Die Klage stützte sich auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Die Kammer für Handelssachen beim Landgericht II in Berlin wies am 16. Februar d. Js. die Klage ab. In der jetzt zugestellten Begründung heißt es: „Die Klägerin wird mit der erhobenen Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. Die Beklagte hat sich mit zwei Flugblättern an die nationalgesinnten Kreise gewandt, um sie vor der Versicherung bei der Klägerin zu warnen. Die Klägerin wird als sozialdemokratisches Parteiunternehmen bezeichnet. „Bei diesem Unternehmen", so heißt es in dem einen Flugblatt, „werden die Gelder letzten Endes dazu dienen, der Umsturzpartei einen neuen starken Kriegsschatz im Kampfe gegen den Gegenwartsstaat zu schaffen. Die Beklagte hat ihre Behauptungen zu Zwecken des Wettbewerbes aufgestellt; es steht in Frage, ob sie gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verstoßen hat. Voraussetzung für die Anwendbarkeit des Wettbewerbsgesetzes ist die Behauptung oder Verbreitung von Tatsachen. Unstreitig ist die Behauptung der Beklagten, daß die Leiter der Klägerin sozialdemokratische Führer sind. Das Uebrige entzieht sich der Nachweisbarkeit und ist daher nicht als Behauptung von Tatsachen anzusehen. Allerdings würde die Behauptung einer Tatsache vorliegen, wenn die Auslegung zutreffend wäre, die die Klägerin der Behauptung gibt, daß nämlich behauptet werde, die Leiter der Klägerin hätten die Absicht, die Gelder der Versicherten ihrem Zwecke zu entfremden, d. h. zu veruntreuen. Die Sozialdemokratie ist genötigt, bei ihrem Kampf um die Neugestaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung sich der Machtmittel der gegenwärtigen Gesellschaftsform zu bedienen, so der Autorität und der Geldansammlung. Diese Machtmittel sind es, die die Beklagte als Kriegsschatz bezeichnet. Sie können ganz im Rahmen der bestehenden Gesetze zur Bekämpfung der heutigen Gesellschaft verwendet werden. Was insbesondere die bei der Klägerin eingehenden Versicherungsprämien anbetrifft, so können die Gelder z. B. in mündelsicheren Hypotheken auf Gebäuden, die den Zwecken der Sozialdemokratie dienen, angelegt werden. Sie können aber auch zur Hingabe von Darlehen an Gemeinden verwendet werden und so durch die Eigenschaft der Klägerin als Gläubigerin eine Stärkung der Sozialdemokratie gegenüber den Schuldnern herbeiführen. Daß die Versicherungsgesellschaften der staatlichen Aufsicht unterstehen, weiß das Publikum. Die Behauptung der Beklagten würde daher, wenn sie den Sinn hätte, den die Klägerin vermutet, bei dem Publikum schwerlich Glauben finden. Dieser Umstand spricht dafür, daß die Beklagte nicht etwa auf die angebliche Absicht der Beklagten zur Begehung gesetzwidriger Handlungen hat hinweisen wollen." — Man merkt es dieser Begründung an, wie sauer es dem Gericht geworden ist, die Volksfürsorge mit ihrer Klage abzuweisen. Sätze, wie der, daß die Volksfürsorge um deswillen ein sozialdemokratisches Parteiunternehmen genannt werden darf, weil ihre Leiter Führer der sozialdemokratischen Partei sind, können doch wahrlich keinen Anspruch auf juristische Haltbarkeit machen; ebenso — ganz höflich gesagt — unglaublich mutet der Satz an, daß auch dann von einer Verwendung der Gelder der Versicherung zu sozialdemokratischen Zwecken geredet werden könne, wenn diese Gelder als Darlehen an Gemeinden gegeben werden, weil damit der Einfluß der sozialdemokratischen Führer als Gläubiger der Gemeinden steige. Wenn sich ein richterliches Urteil zu derartigen gewagten Spekulationen versteigen muß, dann kann es um die Richtigkeit des Urteils nicht allzu gut bestellt sein. Hoffentlich findet sich ein Obergericht, daß dieses Urteil aus der preußischen Rechtsprechung beseitigt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit. Der Gemeinderat der Stadt Gera stellte 10 000 Mark zur Linderung der Arbeitslosigkeit zur Verfügung. Es sollen in der Hauptsache Familienväter unterstützt werden, die seit zwei Jahren in der Stadt Gera wohnen und hier den Unterstützungswohnsitz haben. Die Vertreter der Gelben stimmten mit den Bürgerlichen gegen den Antrag. — Weiter wurde ein Antrag durch die Stimmen der sozialdemokratischen Mehrheit gegen die bürgerlichen Stimmen angenommen, nachdem für Zwecke der noch zu beschließenden Arbeitslosenversicherung die Summe von 3000 Mark pro forma in den Etat eingestellt werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Internationales. Südafrika. Gerade zur rechten Zeit, während das südafrikanische Parlament ein Ausnahmegesetz gegen die Deportierten und gegen die Arbeiterbewegung überhaupt durchpeitscht, wird ihm der Bericht einer parlamentarischen Kommission vorgelegt, die zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse in Südafrika eingesetzt worden war. Die Kommission schlägt vor: Periodische Untersuchungen über die Kosten der Lebenshaltung, Einsetzung einer besonderen Kommission zur Verbreitung von Gesetzen betreffs Gewerkschaften und wirtschaftlicher Kämpfe, Fabrikgesetzgebung, Regelung der Verkaufsstunden, gesetzlicher wöchentlicher Ruhetag, Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmer, Einsetzung freiwilliger Einigungsämter zur Verhinderung von Arbeitseinstellungen, Anerkennung angemessener Mindestlöhne, Verkürzung der Arbeitszeit, höhere Bezahlung der Ueberstunden, gewerbliche Fortbildungsschulen usw. usw. Ferner sollen alle Vorschriften fallen gelassen werden, welche die Farbigen von bestimmten Arbeiten bezw. Berufen ausschließen. Mit Ausnahme der letzten Forderung handelt es sich also um Forderungen, die die Arbeiter-Gewerkschaften seit langem stellen und deren beharrliche Nichterfüllung durch die Regierung und das Unternehmertum allein die letzten Wirtschaftskämpfe heraufbeschworen hat. Daß Botha sich das von seiner eigenen Kommission schriftlich und ausführlich bestätigen lassen muß, ist gerade im jetzigen Augenblick besonders pikant.

Aus dem Gerichtssaal.

In der Breslauer Sittlichkeitsaffäre verurteilte die Strafkammer des Landgerichts Breslau den Schneider Kunz und Frau wegen Kuppelei und Vermittlung junger Mädchen an Freudenhäuser in Lübeck und Bremerhaven zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

Kein Terrorismus? Der Stellmachermeister Opitz in Groß-Baudiß bei Liegnitz gehörte der freien Stellmacherinnung in der etwa zwei Stunden entfernten Stadt Striegau an, wurde aber von der Behörde der Zwangsinnung in dem vier Stunden entfernten Liegnitz zugewiesen. Mit der Begründung, daß er in Striegau Innungsmitglied sei, weigerte er sich, nach Liegnitz Beiträge zu zahlen. Da kam eines Tages zu ihm ein Vollziehungsbeamter, um 3,60 Mk. Beitrag zu pfänden. Opitz widersetzte sich dieser Pfändung und bedrohte den Beamten, der auch wirklich von der Pfändung absah. Später hat dann seine Frau die 3,60 Mk. bezahlt. — Das Schöffengericht verurteilte Opitz wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu vierzehn Tagen Gefängnis, und die Strafkammer Liegnitz erklärte auf eingelegte Berufung diese Strafe für angemessen. Gegen den staatlichen Organisationszwang für Handwerksmeister gibt es kein Wehren.

Aus Nah und Fern.

Eine gemeine Tat. Im Hause Suarezstraße Nr. 54 in Charlottenburg wurde gestern morgen die 42jährige Frau Berta Wolter von einem Mann, der vorgab, bei ihr ein Zimmer mieten zu wollen, mit einem Beil niedergeschlagen. Auf die Hilferufe der überfallenen eilte eine bei ihr wohnende Dame, Frl. Rosa Simson, hinzu. Sie wurde gleichfalls von dem Täter angegriffen und gewürgt. Beide Frauen wurden schwer verletzt. Der Zustand der Frau Wolter ist bedenklich. Der Täter ist entkommen.

Familiendrama. Die Frau des Haushälters Flemming in Breslau fand, als sie gestern nachmittag nach Hause zurückkehrte, ihren Mann, den siebzehnjährigen Sohn, die beiden Töchter von 15 und 18 Jahren tot vor. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Es liegt Vergiftung vor, vermutlich durch Pflanzengift, das sich der in einer Drogerie beschäftigte Sohn zu verschaffen wußte. Es soll sich um Mord und Selbstmord infolge von Familienzwistigkeiten handeln.

Verschüttet. Auf der Rudolstädter Dampfziegelei wurde der Arbeiter Heinrich Ronge von abstürzenden Erdmassen verschüttet. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Der Grubenarbeiter Poloczek verunglückte auf dem Marienschachte bei Königshütte, Oberschl., tödlich. Ein Kohlenblock stürzte herab und zerschmetterte ihm den Kopf. Einem ähnlichen Unfall fiel in Nancy ein Bergarbeiter zum Opfer.

Verzweiflungstat. Am Sonnabend vergiftete in Budapest der 30 Jahre alte chemische Assistent der Universität Wlassich seine beiden jugendlichen Kinder mit Zyankali und erschoß sich dann selbst. Er verübte die Tat aus Verzweiflung über den Tod seiner Frau und tötete auch die Kinder, um sie nicht als Waisen zurückzulassen.

Folgenschwere Trunkenheit. Das Automobil des Agenten Neuwald hat auf der Landstraße von Bochum nach Herne zwei Fußgänger, die im angetrunkenen Zustande auf der Chaussee im Zickzack hin und her gingen, überfahren und lebensgefährlich verletzt. Das ausweichende Automobil geriet gegen einen Baum. Der Chauffeur wurde herausgeschleudert und so schwer verletzt, daß er bald starb.

Unterstützung des Arbeiter-Abstinentenbundes durch die Stadt. Die Stadt Frankfurt a. M. hat bereits im vorigen Jahre die Frankfurter Ortsgruppe des Arbeiterabstinentenbundes auf Antrag der Sozialdemokraten mit 30 Mark unterstützt. In diesem Jahr erhält die Ortsgruppe wieder den gleichen Betrag. Ein Antrag war diesmal nicht nötig.

Zu einer Wallfahrt nach Rom fordert der Erzbischof von Köln die gläubigen Katholiken Deutschlands auf, um dem Papst zu zeigen, daß in den gegenwärtigen „schweren Zeiten" der Glaubensmut und die Einmütigkeit der katholischen Kirchenangehörigen nicht abgenommen haben.

Bergung der Opfer des Lawinensturzes. Nach amtlichen Meldungen sind die Leichen sämtlicher bei der Lawinenkatastrophe verunglückten Skifahrer geborgen und nach Trafoi gebracht worden. In dem amtlichen Bericht des Leutnants Gaidorf über das Skiunglück heißt es: Um 4 Uhr nachmittags, als die Spitze der Abteilung unter Beobachtung aller Vorsichtsmaßregeln ungefähr hundert Meter unterhalb des Tabaretta-Joches angelangt war, wich die ganze Schneedecke und setzte sich in Bewegung. Leutnant Gaidof hörte bei vollkommener Finsternis nur ein furchtbares Donnern und Sausen. Einige Zeit konnte er sich auf der Oberfläche der Lawine behaupten. Als aber von der Tabaretta-Spitze eine zweite Lawine niederging, wurde er von dieser begraben und weiter bergabwärts gerissen. Er verlor aber nicht die Besinnung und konnte sich an die Oberfläche emporarbeiten. Das Schneefeld war vollkommen leer. Erst nach einiger Zeit bemerkte er etwas höher einen Landesschützen, dem es ebenfalls gelungen war, sich aus dem Schnee herauszuarbeiten. Diese beiden bemühten sich nun sofort um die verunglückten Kameraden. Leutnant Gaidof hörte in seiner Nähe ein Röcheln und scharrte mit der Hand den Kopf eines noch lebenden zweiten Landesschützen aus dem Schnee heraus. Bei weiteren Bemühungen gelang es den Ueberlebenden, noch zwei Kameraden aus dem Schnee zu befreien. Den Oberleutnant Löschner, den sie ebenfalls auffanden, konnten sie nur als Leiche aus dem Schnee herausgraben. Um 8 Uhr abends, als bereits vollständige Dunkelheit eingetreten war, stellten die Gerettet die Arbeit ein und nächtigten in der nahegelegenen Edelweißhütte. Am frühen Morgen des nächsten Tages kamen dann die ersten Bergungsmannschaften aus Trafoi und den anderen Ortschaften an der Unglücksstelle an.

Schweres Brandunglück. Die Ortschaft Revjewska im Gouvernement Pensa ist durch ein Großfeuer gänzlich zerstört worden. Drei Frauen und fünf Kinder kamen in den Flammen um.

Dampfer-Zusammenstoß. Bei Skagen fand ein schwerer Zusammenstoß zwischen dem dänischen Dampfer „Dania", der von Philadelphia nach Kopenhagen bestimmt war, und dem norwegischen Dampfer „Bygdö" statt, der sich auf der Reise von Hamburg nach Kristiania befand. Der norwegische Dampfer sank sofort. Die Besatzung, bestehend aus 14 Mann und einem Passagier, wurde von einem Rettungsboot aus Skagen gerettet. Der Koch des norwegischen Dampfers kam bei dem Zusammenstoß ums Leben. Die Ladung des Dampfers, etwa 1 Million Kronen wert, ist verloren. Der dänische Dampfer blieb unbeschädigt und setzte die Reise nach Kopenhagen fort.

Durch eine Kohlenstaubexplosion wurden in einem Schacht der Toulnser Stahlwerke ein Arbeiter getötet und drei lebensgefährlich verletzt.

Das sittliche Köln. Das Kölner Nachtleben ist weit berühmt und so mancher, den der Geldbeutel drückt, fährt gelegentlich in das deutsche Rom, um eine „Kölsche Nacht" zu erleben. In den engen, aber sehr belebten Straßen der Altstadt macht sich infolgedessen die Prostitution außerordentlich bemerkbar. Die Hohestraße beispielsweise, die Hauptgeschäftsstraße Kölns, ist in den späten Abendstunden von ganzen Rudeln flanierender Damen durchschwärmt. Gegen diese Zustände laufen die Sittlichkeitsvereinler seit Jahr und Tag Sturm. In seiner Not hat nun Regierungsrat Zann, der Platzhalter für den noch nicht ernannten neuen Polizeipräsidenten, folgende interessante Erklärung veröffentlicht:

Daß die Polizeibehörde bisher nicht die Hände in den Schoß gelegt hat, beweist der Umstand, daß im letzten Rechnungsjahre allein gegen 100 Dirnenhausinhaberinnen 76058 Mark Geldstrafe festgesetzt und gegen Dirnen zusammen 12765 Tage Haft verhängt sind.

Der Dirnenplage wird auf die Dauer dadurch abzuhelfen sein, daß die Zahl der Dirnen nach Möglichkeit eingeschränkt wird. In welcher Weise dies geschehen kann, unterliegt der Prüfung, wobei auch vollständige Unterdrückung der Dirnenhäuser in Betracht zu ziehen ist.

76058 Mark Geldstrafe, 12765 Tage Haft in einem einzigen Jahre, und trotzdem stetiges Anwachsen der Prostitution! Da sollte doch auch ein preußischer Regierungsrat erkennen, daß mit seiner Macht gegen das soziale Uebel der Prostitution nichts getan ist. Da aber trotz des heißen Wunsches der Königlichen Polizei die Kunden der Prostituierten sich nicht vom Tage der polizeilichen Erklärung an in asketischen Uebungen gefallen werden, und da auch die paar tausend Dirnen in Köln schwerlich ins Kloster gehen, wird die ganze „Unterdrückung" der Prostitution in einer riesigen Vermehrung der heimlichen Preisgabe und in einem Anschwellen der Geschlechtskrankheiten bestehen.

Von einem Zuge überrannt wurde das Fuhrwerk des Kaufmanns Beinczyk in Bismarckhütte bei einer Straßenkreuzung. Eine Frau, die auf dem Fuhrwerk saß, wurde herabgeschleudert. Sie geriet unter die Räder und wurde getötet.

Ein Kloster überfallen. In Boulogne-sur-Seine drang eine Bande von fünfzehn Zuhältern in ein Kloster ein, in welchem sich eine Besserungsanstalt befindet. Die Zuhälter zertrümmerten die Fenster und Glastüren durch Revolverschüsse, bedrohten die Nonnen und entführten schließlich mehrere der Obhut des Klosters überwiesene Mädchen. Der Polizei gelang es, sieben Mitglieder der Bande festzunehmen. Die Verhaftung der anderen steht bevor.

Brand des Missouri Athletiklubhauses in St. Louis. Bei einem Feuer, welches das Gebäude des Missouri Athletiklubhauses zerstörte, sind außer sieben Personen, die tot aufgefunden wurden, etwa fünfzig verletzt worden, während eine große Zahl noch vermißt wird. Das Klubregister wies die Namen von hundert Mitgliedern auf. Man glaubt, daß sich zurzeit noch etwa hundert andere Personen in dem Gebäude befunden haben. Das Feuer brach frühmorgens aus. Als die Feuerwehr eintraf, sprangen bereits Männer und Frauen aus allen oberen Stockwerken auf die Straße. Etwa zwanzig Personen retteten sich auf das Dach des niedrigeren Nachbargebäudes. Das Gebäude des Klubs ist nur noch ein Trümmerhaufen. Der Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Der Klub war einer der exklusivsten der Stadt.

Ein spanisches Kulturbild. Vor einigen Tagen verschwand auf geheimnisvolle Weise aus dem Dorfe Martinete in der Provinz Malaga ein Knabe Manuel Sanchez. Er war erst acht Jahre alt. Die besorgten Eltern wendeten sich an die Behörden und ein Gendarmerieoffizier begab sich auf die Suche nach dem Knaben. Seine Nachforschungen hatten einen traurigen Erfolg. Sie führten zur Entdeckung eines Verbrechens, ähnlich dem, welches vor Jahren zu Gador in der Provinz Almeria verübt worden war, wo man ein Kind schlachtete, um dessen Blut als Heilmittel gegen die Tuberkulose zu verwenden. Einer der Mörder des kleinen Manuel, ein gewisser Jose Gonzalez Tovar wurde verhaftet und gestand, daß ein Lumpensammler namens El Morena den Knaben an sich gelockt habe. Nachdem er ihn einige Tage eingesperrt gehalten habe, sei eine unbekannte Persönlichkeit zu dem Lumpensammler gekommen und habe ihm eine größere Summe Geldes ausgehändigt. Nach dem Weggange des Unbekannten schlug der Lumpensammler dem Gonzalez vor, ihm zu helfen, dem Kinde das Blut abzuzapfen. Die beiden Mörder legten hierauf den Knaben auf einen Tisch und während Morena dem Kinde den Kopf abschnitt, hielt Gunzalez dem armen Opfer die Beine fest. Das Blut wurde in einem Napf aufgefangen, welchen der Unbekannte abholte. Malaga ist eine der Provinzen, in denen die Kirche noch absolut die Geister beherrscht und wo infolgedessen noch der schlimmste Aberglaube regiert.

Beim Zahnziehen die Wirbelsäule gebrochen. Ein merkwürdiger Fall von fahrlässiger Tötung stand am Sonnabend zur Verhandlung vor den Londoner Geschworenen. Ein 22jähriger Versicherungsbeamter war an einem Bruch der Wirbelsäule gestorben, den er sich beim Ziehen eines Zahnes durch den Zahnarzt zuzog. Die Sektion der Leiche ergab, daß die Schädelbasis und die ersten Rückenwirbel infolge vorgeschrittener Tuberkulose außerordentlich schwach waren. Beim Ziehen des Zahnes brach der Zahnarzt durch den Ruck die Wirbelsäule an zwei Stellen, so daß der Tod auf der Stelle eingetreten sein muß. Der angeklagte Arzt wurde schließlich freigesprochen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.